

Österreichs Industrie – Wachstum, Erfolg, Zukunft

Helmut Kramer

14.7.15

Motor der Wirtschaft

Industrielle Produktion nutzt systematisch die Erkenntnisse der Naturwissenschaften. Sie hat vor mehr als zwei Jahrhunderten begonnen, die Lebensbedingungen auf der Erde grundlegend zu verändern. Durch Mechanisierung und Automatisierung verringerte die Industrie den Einsatz von menschlicher Arbeitskraft und physische Mühen des täglichen Lebens: Komfort, Bequemlichkeit und Sicherheit werden durch Produkte der Industrie verbessert, der Einsatz von Energie und Materie wird, gemessen am Nutzen, relativ verringert, die Versorgung und Erschwinglichkeit materieller Güter für die Bevölkerung gesteigert, Distanzen in Raum und Zeit überwunden. Ihre Schlüsselrolle in der wirtschaftlichen Entwicklung stützt sich zwar in erster Linie auf Naturwissenschaften und Technik. Sie setzt aber auch eine besondere Orientierung unternehmerischen Denkens und initiativen Handels voraus. Nahezu alle Bereiche des Lebens werden seither von Industrie durchdrungen und geprägt, so dass von Industriegesellschaft als einer revolutionären Stufe menschlicher Entwicklung gesprochen werden kann.

Industrie beeinflusst nahezu unentrinnbar Verbrauchsgewohnheiten und Lebensformen, Arbeitsweise, Sozialstrukturen, Weltsicht und Kultur. Industrie wirkt weit über das hinaus, was die Statistik so bezeichnet. Gegenwärtig erwirtschaftet die Industrie in Österreich etwa 17 Prozent des Brutto-Inlandsprodukts, in Westeuropa wenig mehr als 15 Prozent. In dieser institutionellen Abgrenzung schrumpft „Industrie“ relativ zur volkswirtschaftlichen Wertschöpfung. Das bedeutet keineswegs eine Einbuße ihrer Funktion für die Wirtschaftsentwicklung. Dieser Trend ist vielmehr Ausdruck einer immer engeren Verflechtung der Industrie durch Arbeitsteilung mit anderen Wirtschaftsbereichen, der Auslagerung von Stufen der Herstellung in andere Sektoren der Wirtschaft und der überdurchschnittlichen Steigerung der industriellen Produktivität.

Industrie und Dienstleistungen teilen Schicksal und Wettbewerbsfähigkeit. Die Industrie ist Antrieb und Steuerungselement eines Geflechts globaler Wertschöpfungsketten. Sie prägt die gesamte Wirtschaft, ihre Innovationen strahlen auf alle Wirtschaftsbereiche aus, sie ist der Motor des Wirtschaftssystems.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden die Begrenztheit des natürlichen Lebensumfelds der Menschen und dessen global bedrohliche Verschlechterung bewusst: eine Folge der Industrialisierung und der von ihr hervorgebrachten Lebensformen. Diese Erkenntnis hat begonnen, Aufgaben, Möglichkeiten und Verfahren der Industrie tiefgreifend zu verändern. Unter veränderten

Rahmenbedingungen im 21. Jahrhundert kommt aber dem innovativen Potenzial der Industrie weiterhin eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung der Lebensbedingungen zu.

Der Weg in die Spitzengruppe industrialisierter Nationen

Österreich hat einen langen Weg zurückgelegt seit es vor siebzig Jahren, nach den politischen, wirtschaftlichen und menschlichen Katastrophen der vorangegangenen Jahrzehnte, angefangen hat, den Staat, die Demokratie und die Volkswirtschaft wieder aufzubauen. Zur Zeit der Monarchie trotz einiger beachtlicher Innovationen als Industrieland sicher kein Pionier, jedenfalls soweit dies den Raum des heutigen Österreich betrifft, konnten Nachteile, Schäden und Fehler nach 1945 behoben. Der weit zurückreichende Rückstand im Vergleich zu früher und höher entwickelten Staaten Europas wurde aufgeholt.

Die sieben Jahrzehnte seit damals waren frei von schweren Erschütterungen. Österreich nahm die Gelegenheit wahr, wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand für den Großteil der Bevölkerung zu erarbeiten. Einhellig wurde ein Ziel verfolgt: wirtschaftlicher Fortschritt für alle als Voraussetzung für sozialen Frieden und eine bessere Zukunft. Elend und materielle Rückständigkeit konnten weitgehend überwunden werden. Materieller Wohlstand breitete sich in fast alle Schichten der Bevölkerung aus. Politische Stabilität, höhere Bildung, auch für Frauen, Qualifikation und Motivation für wirtschaftliche Leistung, Sparsamkeit, soziale Sicherheit, Öffnung zur Welt und die Teilnahme am Projekt eines friedlichen integrierten Europas sind mittlerweile der jüngeren Generation selbstverständlich; so sehr, dass manchmal übersehen wird, dass diese Fundamente des Erfolgs ständig erneuert werden müssen.

Die große europäische Wende 1989/1991 veränderten ziemlich unerwartet und glücklicherweise überwiegend friedlich die räumliche und kulturelle Nachbarschaft zugunsten Österreichs. Gleichzeitig wurde die volle Teilnahme Österreichs an der europäischen Integration hochaktuell und politisch gangbar. Beide historischen Schritte waren eine späte Wiedergutmachung der Geschichte für erlittenes Unheil.

Die Öffnung nach Ost und West rief in Teilen der Öffentlichkeit und der Politik auch abwehrende Reaktionen hervor. Aus einer gewissen Distanz gewinnt man den Eindruck, dass die besonders begünstigte Situation Österreichs zwar von der Wirtschaft sofort erkannt und benutzt wurde. Auf politischer Ebene hinderten nicht selten Kleinkariertheit und alte Ressentiments, die strategischen Potentiale voll auszuschöpfen.

Anfang der fünfziger Jahre lag die Produktivität der Industrie meilenweit hinter jener der meisten westeuropäischen Länder zurück. Gegen Ende des Jahrhunderts hatte sie mit jener der Industrie Deutschlands, Schwedens gleichgezogen und die Großbritanniens, des historisch ersten Industrielands, längst überholt. Im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts erreichte Österreich, inzwischen Vollmitglied der Europäischen Union, einen Spitzenplatz unter deren 28 Mitgliedern.

Österreich ist heute ein hochentwickelter Industriestaat. Die Industrie wurde dennoch nie Gegenstand gängiger internationaler Begriffe wie seine Landschaft, Kultur, Gastlichkeit oder, gelegentlich auch, sportliche oder wissenschaftliche Leistungen. Dennoch bestimmen die von der Industriewirtschaft ausstrahlenden Impulse weitgehend die Leistungsfähigkeit und Dynamik der

ganzen Volkswirtschaft und damit auch die politischen und sozialen Möglichkeiten, mehr noch: Lebensumstände und Möglichkeiten der Zukunft.

Nach herkömmlichen Kriterien hat das „Fortschritt“ gebracht, war aber auch mit tiefen gesellschaftlichen, regionalen und strukturellen Umwälzungen verbunden. Wirtschaftliche Erfolge verlangen regelmäßig - mit dem Wort des österreichischen Ökonomen Joseph A. Schumpeter - „schöpferische Zerstörung“. Große Teile der traditionellen handwerklichen Fertigung, viele angesehenen und anspruchsvollen Berufe wurden von der Industrie verdrängt und büßten an Bedeutung für die Lebensformen ein. Die Öffnung der nationalen Grenzen drängte zur industriellen Großserienproduktion.

Zum Glück für Österreich traten zu allen Zeiten in der modernen Wirtschaftsentwicklung Persönlichkeiten in der Industrie hervor, die Zuversicht und Fantasie, Hausverstand und „Gespür“, Gesinnung und Kraft des Zupackens, Gemeinschaftsgeist und wohl auch Liebe zum Land und seinen Menschen verkörperten. Beachtlichen Anteil daran hatten zu allen Zeiten der Entwicklung auch Männer und Frauen aus anderen Ländern, aus der Nachbarschaft der ehemaligen Kronländer und aus dem übrigen Europa.

„Bekenntnis zu industrieller Produktionsweise, wie viel Hunger sie schon gestillt, Freiheit sie schon gebracht hat, redliche Belohnung schwieriger Lernprozesse, schmerzhaftes Selbstverändern. Dankgefühl für ermöglichte Bewährung an dieser Aufgabe: mit der Sorgfalt des ordentlichen Kaufmanns, in Treu und Glauben, verlässlich in ferne Erdteile nützliche Metalle, Kunststoffe zu liefern. Ehrlicher Preis deckt gerade noch Risiken, enthält niemandes inhumanen Luxus“: Matthias Mander in seinem Roman „Der Kasuar“ (1979), voll eindrucksvoller sprachlicher Bilder des Zeitalters der Hochindustrialisierung Österreichs - und mit einer Ahnung, dass sich die Bedingungen zu ändern begonnen haben.

Historische Wurzeln

Auch wenn Österreich nicht als Pionier der Industrialisierung gelten kann, gehen markante Teile der heutigen Industrie durchaus auf alte Wurzeln zurück.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts waren in den österreichischen Alpenländern neben den traditionellen handwerklichen Wirtschaftsformen zahlreiche Manufakturen für lokale oder regionale Märkte entstanden. Sie nutzten heimische Rohstoffe, vor allem Eisenerz, Holz, Wasserkraft, auch Braunkohle. Initiatoren waren unternehmerische Persönlichkeiten von nicht selten paternalistischem Zuschnitt, die im Vormärz das alte Regime stützten. Sie florierten, bis um die Mitte des 19. Jahrhunderts die industrielle Produktion auch in Österreich eindrang. Ermöglicht durch die epochalen technischen Durchbrüche, die von England ausgegangen waren – Eisenbahn, Dampfmaschine - begannen sich nach dem Ende des Vormärz-Regimes (1848) auch in Österreich fabrikmäßige Produktionen auszubreiten.

Historische Ursachen für die, gemessen an Westeuropa, verspätete Industrialisierung waren der Rückschlag in den napoleonischen Kriegen, der Absolutismus und die skeptische Einstellung des Kaisers, des Hofes und der Beamtenschaft, die ausgeprägte Binnenorientierung des Kaiserstaates -

als das „europäische Reich der Mitte“ - sowie das Fehlen kolonialer Ambitionen. Die kurze Episode des Liberalismus nach dem „Ausgleich“ (1866) und die dann wieder vom Konservativismus geleitete Schutzzollpolitik regten Industrie Gründungen an, die den großen Markt Österreich-Ungarns, seine Bodenschätze, Rohstoffe, Eisenbahnen und Arbeitskräfte nutzten, aber insgesamt keine höhere Dynamik brachten als in anderen Teilen Europas.

Der Zerfall der Monarchie, die Abtrennung der Nachfolgestaaten, die Weltwirtschaftskrise und die innenpolitischen Spannungen waren erst recht ungünstige Umstände, um den wirtschaftlichen Rückstand aufzuholen.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gingen Impulse zur Gründung von Industrien häufig von deutschen, englischen oder holländischen Industriellen und Handelsherren aus. Eine bedeutende Rolle spielten jüdische Kohle-, Textil-, Stahl- und Bankmagnaten aus Böhmen, Mähren und Schlesien bei der Finanzierung von Industrie Gründungen. Jüdisches Wiener Großbürgertum trug zum Aufblühen nicht nur der Hauptstadt – und damit von Kunst und Wissenschaft -, sondern auch maßgeblich zum Entstehen von Industrien bei.

In dieser „Gründerzeit“ waren wichtige Standorte der Eisen- und Metallverarbeitung, der Eisenbahn-, Fahrzeug- und Rüstungsindustrie, Elektroindustrie, der Erzeugung von Nahrungsmitteln, von Textilien und Bekleidung entstanden: in Wien und Umgebung, besonders aber in den alpinen Tälern des südlichen Niederösterreich, an Steyr und Enns, Mur und Mürz, wo Wasserkraft und teilweise Rohstoffe genutzt werden konnten. In Westösterreich kamen Anstöße zur Entwicklung der Textilindustrie aus der Schweiz, Süddeutschland und sogar aus Schottland.

Die Umbrüche der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben die industriellen Leistungen der Gründerzeit an Bedeutung verdrängt. Nicht wenige Unternehmen aus dieser Zeit – und oft auch die Familien der Eigentümer - fielen dem Terror der Hitler-Zeit zum Opfer. Häufig lassen sich aber an den alten Standorten noch Spuren zu ihren ursprünglichen Gründern zurückverfolgen.

Als kleiner Reststaat ab 1918 litt Österreich nicht nur unter seiner generell prekären politischen und wirtschaftlichen Lage, sondern auch unter der unausgewogenen Industriestruktur, da wichtige bisher inländische Standorte, vor allem in Böhmen, verloren gegangen waren. Nicht selten gingen Gründungen in der Zwischenkriegszeit oder in den ersten Nachkriegsjahren auf Ursprünge in Böhmen und im Sudetenland hervor. Internationale Unternehmen aus den Niederlanden und Großbritannien. Brachten für die Industriestruktur der Zwischen- und der Nachkriegszeit bedeutende Niederlassungen. Vom nationalsozialistischen Regime waren schließlich Industrieanlagen aus kriegswirtschaftlichen Gründen forciert worden. Trotz der Kriegszerstörungen und teilweiser Demontage erlangten sie nach dem Krieg große Bedeutung für die Entwicklung der österreichischen Industrie.

Industrieentwicklung in der Wiederaufbauera

In den ersten Phasen des industriellen Aufschwungs der Nachkriegszeit ging es vorrangig um die Ausweitung der Kapazitäten für die Produktion von Rohstoffen, Vorprodukten und um eine ziemlich überschaubare Standardpalette von Massenwaren. Der Wiederaufbau der Kriegszerstörungen fiel mit weltweit starker Nachfrage nach Rohstoffen zusammen. Damit bildeten sich Schwerpunkte bei

gefragten exportfähigen Vor- und Halbfabrikaten in der Eisen-, Metall- und Chemieindustrie. Gleichzeitig konnte technische Neuerungen nachgeholt werden, vor allem amerikanische Entwicklungen, deren Verwendung der Krieg in Europa blockiert hatte. In einigen Produktionszweigen erlangte Österreichs Industrie bald internationale Bedeutung. Eigenentwicklungen revolutionärer Technologien, etwa in Stahlerzeugung, wurden nicht nur an ihren Ursprüngen in Linz und Donawitz eingesetzt. Beim Bau moderner Industrieanlagen auf der ganzen Welt oder beim Technologietransfer brachten sie internationale Erfahrungen und frühe wirtschaftliche Erfolge.

Mit wachsendem Wohlstand in Westeuropa differenzierten sich in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre die internationalen Märkte, spezialisierte sich das Angebot und verlagerte sich die Nachfrage in ganz Europa zur Motorisierung und zur Ausstattung der Haushalte. Die Nachteile des Standorts für ein Binnenland mit bescheidener Rohstoffausstattung und mit recht engem Heimatmarkt konnte kaum mehr durch Innovationen und Qualität ausgeglichen werden. Gleichzeitig zeichnete sich Ende der fünfziger Jahre die Diskriminierung österreichischer Produkte auf ihren wichtigsten Auslandsmärkten ab. Politische Rücksichten sorgten jedoch immer wieder auch gegen wirtschaftliches Kalkül für ein Abfedern radikaler Strukturbereinigungen und für staatliche Stützung von Standorten und Arbeitsplätzen bis in die achtziger Jahre.

Der lange Schatten der Verstaatlichung

Bald nach dem Krieg (1946 und 1947) waren in zwei Verstaatlichungsgesetzen bedeutende Industrieunternehmen, Banken, Energieerzeuger und Verkehrsunternehmen verstaatlicht worden. Dafür war nicht allein das ideologische Argument vom Volkseigentum an den Bodenschätzen oder der Sicherung der Rohstoffversorgung für nachgelagerte Verarbeitung ausschlaggebend. Dazu kam der Versuch, Unternehmen, die schon vor dem Naziregime in deutschem Eigentum gestanden hatten oder die durch das NS-Regime „arisiert“ worden und 1945 daher zunächst „herrenlos“ waren, vor dem Zugriff der Besatzungsmächte zu bewahren. Dies gelang nur in den westlichen Besatzungszonen, nicht aber in der sowjetischen. Immerhin erhielt die Republik mit dem Staatsvertrag (1955) die volle Verfügung auch über die in Ostösterreich gelegenen Teile der verstaatlichten Industrie im Gegenzug für nicht unbedeutende Reparationszahlungen und Lieferungen an die Sowjetunion.

Die Verstaatlichungen waren auch von der konservativen Volkspartei befürwortet worden, nicht nur um das „deutsche“ Eigentum für Österreich zu halten, sondern auch um eine eigene Einflussosphäre dieser Partei, speziell im jeweiligen regionalen Umfeld zu sichern. Damals entstand in Teilen der Industrie und der Infrastruktur das charakteristische rot-schwarze Einflussmuster der beiden traditionellen Regierungsparteien. Heute erscheint dieses stark durchlöchert und verblasst, aber stellenweise noch immer wirksam.

Unter diesen politischen Bedingungen waren die Unternehmen der verstaatlichten Industrie in der Nachkriegsepoche den meist widersprüchlichen und häufig wechselnden industriepolitischen Anschauungen beider Parteien ausgesetzt. Die verstaatlichten Unternehmen und die später branchenweise zusammengefassten Industriekomplexe waren regelmäßig mit parteipolitischen Rücksichten und Einflussnahmen konfrontiert, was marktorientierte und zukunftsweisende

Strategien sehr erschwerte. Management und Belegschaftsvertreter hatten sich lange an Formen eines Soft-Budget-Constraint durch Verlustabdeckung und Zuführung staatlicher Mittel gewöhnt. Der alternde Kanzler Bruno Kreisky und Josef Krainer jun., Landeshauptmann der Steiermark, verkündeten Anfang der achtziger Jahre in der Werkshalle von Mürzzuschlag-Hönigsberg: „Österreich wird die Menschen, die das Land nach dem Krieg wieder aufgebaut haben, nicht im Stich lassen.“ Das Durchfüttern ohne radikalen Umbau beanspruchte die Staatsfinanzen Jahre hindurch jedoch immer mehr und war schließlich unhaltbar geworden.

Hinter diesen fatalen Entwicklungen standen allerdings nicht nur politische Uneinsichtigkeit, sondern, wie an den meisten westeuropäischen Standorten der Schwerindustrie, strukturelle Überkapazitäten. Teilweise waren diese durch kostengünstige neue Standorte in Asien oder durch Verlagerung von Industriekapazitäten nach Japan, Korea, Indien, Indonesien entstanden. Die traditionsreichen Standorte der österreichischen Eisenindustrie waren im Vergleich zu konkurrierenden Standorten im Ausland, vor allem an den Küsten, ohnehin im Nachteil, weil hier Erz und Kohle für die Verhüttung weitgehend auf der Schiene herangeführt werden müssen.

Mitte der achtziger Jahre brach, ausgelöst durch skandalöse Verluste einer Handelsfirma der VOEST, die schwelende Krise der verstaatlichten Industriegruppen auf und riss auch private Unternehmen, die in deren Umgebung Cluster gebildet hatten, mit. Ein Ende musste unter dramatischen Umständen gesetzt werden, nicht nur weil der Staatshaushalt das nicht länger leisten konnte. Auch die faktische Privilegierung der Belegschaft von verstaatlichten Unternehmen stieß nicht nur auf Unverständnis der Steuerzahler, sondern auch auf Empörung von Beschäftigten in effizienteren privaten Ansiedelungen. Am Standort Steyr etwa wurde die Arbeit im modernen Motorenwerk von BMW deutlich geringer entlohnt als jene im benachbarten Werk der indirekt verstaatlichten Steyr-Daimler-Puch AG, die sich damals im Eigentum einer verstaatlichten Bank befand. Diese Situation führte dazu, dass der Gewerkschaftsbund und die SPÖ ihre schützende Hand zurückziehen mussten. Die Aussicht auf strenge Handhabung der europäischen Wettbewerbspolitik in Hinblick auf strukturelle und regionale Subventionen verschaffte einem grundlegenden Wandel zusätzlichen Nachdruck.

Diese vorletzte (?) Phase der Geschichte der „Verstaatlichten“ war nicht technischer Rückständigkeit zuzuschreiben. Vielmehr hatten die europäischen Überkapazitäten, relativ hohe Standortkosten, Führungsschwäche, regional- und parteipolitische Rücksichten zusammengewirkt. Ab 1986 wurde der verstaatlichte Sektor als Österreichische Industrieholding AG (ÖIAG) geführt. Deren zunächst zögerlichen Privatisierungsschritte nahmen ab 1989 unter dem Label „Austrian Industries“, einer 100-prozentigen Tochter, an Tempo und Bedeutung zu. Aber auch nach 1986 schlugen Teilprivatisierungen und Minderheitsbeteiligungen an betroffenen Unternehmen gelegentlich hohe politische Wellen. Anfang der neunziger Jahre konnte die mehrheitliche Privatisierung der verstaatlichten Unternehmen, teilweise mit verbleibenden Sperrminoritäten, schließlich durchgesetzt werden, etwa in der Ölindustrie (OMV) in Schritten 1987 und 1994, in der VOEST 1995 durch Gang an die Börse oder in der VA Technologies durch Teilprivatisierung an der Börse 1994 sowie 2005 anlässlich der vollständigen Übernahme durch den Siemens-Konzern.

Nach der Umstrukturierung und nach Stilllegung unrentabler Kapazitäten konnten sich etliche auf diese Weise gezwungenermaßen aus der Verstaatlichung entlassene Unternehmen unter privater, teilweise ausländischer, Führung auf den offenen Märkten Europas und in Übersee erfolgreich durchsetzen und zu wichtigen Stützen der modernen österreichischen Industriestruktur werden.

Dabei konnten sie vielfach ihr wertvolles Know-how nutzen oder mit jenem der neuen Eigentümer und deren weltweiten Vertriebsnetzen kombinieren.

Auch im neuen Jahrhundert war die Führung des verbliebenen Staatsbesitzes an der „Verstaatlichten“ politisch umstritten. Die ÖVP-FPÖ-Koalition (2000-2006) strebte die vollständige Trennung der unternehmerischen Funktionen von staatlichen Einflüssen an. In jüngster Zeit stellte sich heraus, dass dadurch die Wahrnehmung der Eigentümerinteressen des Staates zu kurz kommen konnte. Eine Rückkehr der Republik zu strukturpolitischem Management ist ab 2015 angelegt. Die Aufsichts-, Konzern- und Managementverhältnisse der Reste der alten ÖIAG wurden der neuen ÖBIB (Österreichische Bundes- und Industriebeteiligungs GmbH) übertragen, in welche auch die Anteile der Republik an der Österreichischen Post und der Casinos Austria eingebracht wurden.

Rolle der Banken

Als indirekt verstaatlicht wurden Unternehmenskonzerne im Eigentum der gleichzeitig nach dem Krieg verstaatlichten Großbanken (Creditanstalt-Bankverein, Länderbank, Credit-Institut) bezeichnet. Ihre Tätigkeit wurde nicht in die Industriepolitik des Staates einbezogen, sondern von Konzerngesichtspunkten der Bank als unmittelbaren Eigentümern bestimmt.

Auch abgesehen von der direkten Einflussnahme als Eigentümer war der Einfluss des Bankensektors auf die Entwicklung der österreichischen Industrie in der Nachkriegszeit beachtlich. Dies hat mit der schmalen Eigenkapitalausstattung vieler Industrieunternehmen zu tun, deren Expansion relativ stark durch Bankkredite finanziert wurde. Dazu kam die Teilnahme des Bankenapparats an industrie- und strukturpolitischen Initiativen und Förderungsaktionen. Diese schlugen sich unter anderem in der Gründung von Spezialinstituten durch Großbanken nieder, etwa für langfristiger Industrie- und Tourismusfinanzierung (Österreichische Investitionskredit AG), kommunale Investitionen (Kommunalkredit AG) oder für Exportrisikogarantien (Oesterreichische Kontrollbank AG).

Eine Reihe hervorragender politischer Persönlichkeiten, die im Lauf ihrer Karriere führende Funktionen im Bankenapparat eingenommen haben, nahmen eine für die österreichische Wirtschaftspolitik sehr bedeutende Rolle ein. Zu nennen sind Hannes Androsch, Stephan Koren, Josef Taus, Helmut Haschek oder Franz Vranitzky.

Die Industriepolitik der Banken schien ab den achtziger Jahren zunehmend unzeitgemäß, schon bevor diese selbst ihre Selbständigkeit verloren. Das österreichische Bankwesen war, für Fachleute schon bald erkennbar, bis in die späten achtziger Jahre im internationalen Vergleich zu klein strukturiert, wenig konzentriert und überbesetzt. Auch die verstaatlichten Großbanken wiesen eine für den internationalen Wettbewerb zu schwache Kapitalausstattung und, wegen des scharfen regionalen Wettbewerbs um Marktanteile, geringe Ertragsspannen auf, die der Währungspolitik zunehmend Sorge bereiteten. Der damalige Präsident der Nationalbank, Professor Stephan Koren, bestärkte explizit die langjährige Praxis des sogenannten Lombard Clubs (im Hotel Bristol). Sie war allerdings ziemlich ineffektiv. Nach dem EU-Beitritt Österreichs fiel sie eher unerwartet einem Bannspruch der Brüsseler Wettbewerbsbehörde (1998) und dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (2002) zum Opfer. EU-Wettbewerbskommissar Mario Monti bezeichnete die Praxis als

einen der am meisten schockierenden Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht. Die EU-Kommission verhängte hohe Strafen.

Eine Ironie des wirtschaftshistorischen Schicksals wollte es, dass zur Zeit dieses Verfahrens der Sohn Professor Korens, Stephan Koren Jr., stellvertretender Generaldirektor der BAWAG-PSK war. So kam es, dass er für die Mitwirkung seines Instituts an der einst von seinem Vater aus währungspolitischen Gründen bestärkten Aktion von Brüssel zur wettbewerbsrechtlichen Verantwortung gezogen wurde.

Die verstaatlichten Banken gerieten Ende der achtziger Jahre in den Strudel der längst fälligen Strukturbereinigung des österreichischen Bankenapparats. Dabei ging es um die Stärkung der Kapitalausstattung, Kosteneinsparungen in einem außerordentlich dicht gesponnenen Netz von Zweigstellen und um die Finanzierung von offensiven Aktivitäten im Raum Mittel- und Osteuropa. Es wäre nicht Österreich, wenn dabei nicht auch parteipolitische Kalkulationen und gewisse Ständedünkel eine Rolle gespielt hätten.

Die verstaatlichte Österreichische Länderbank wurde 1990 in die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien eingegliedert, die ab 1991 als Bank Austria AG firmierte. Diese „schnappte“ 1996 unerwartet die traditionsreiche und selbstbewusste Creditanstalt-Bankverein. Die Bank Austria wurde ihrerseits bald (2000) von der Hypo-Vereinsbank München übernommen und wenig später (2005) mit dieser in das Mehrheitseigentum der italienischen Großbank UniCredit in Mailand eingegliedert. Das verstaatlichte Österreichische Credit-Institut wurde mit der Girozentrale der österreichischen Sparkassen vereinigt und zusammen 1997 in das Eigentum der ERSTE Sparkasse übergeführt.

Der Konzentrationsprozess erstreckte sich auch auf die nicht verstaatlichten Bereiche des Bankenapparats, insbesondere auf den Sparkassen- und den Raiffeisensektor und, später, auf jenen der Volksbanken und der Landes-Hypothekenbanken, deren Schicksal erst in jüngster Zeit besiegelt wurde.

De facto führte auch skandalöses Fehlverhalten schließlich zu Konzentrationen im österreichischen Bankenbereich. 2006 brach die dem Österreichischen Gewerkschaftsbund gehörende Bank für Arbeit und Wirtschaft wegen Fehlspekulationen und mangelnder Aufsicht zusammen und musste vorübergehend vom Staat finanziert werden. Dies hatte unter anderem den Rücktritt des Gewerkschaftspräsidenten zur Folge. Seit etwa der gleichen Zeit schwelen skandalöse Vorgänge um die ursprünglich dem Land Kärnten gehörende Hypotheken-Bank auf. Diese expandierte unter Inkaufnahme untragbarer Risiken und teilweise korrupten Vorgängen in den Raum „Alpe-Adria“. Dazu kam die völlig ungenierte Gängelung der Bank (und des Landeshaushalts) durch den selbtherrlichen Landeshauptmann Haider. Vergrößert wurde der enorme Schaden für den Staat und damit auch für Steuerzahler durch mehrjähriges unprofessionelles Dilettieren einiger Finanzminister.

Auch der Vorsprung bei der „Eroberung“ von potentiell lukrativen Märkten in den Reformländern einschließlich der ehemaligen Sowjetunion war, wie sich später zeigte, mit hohen Risiken verbunden, trug aber zu einer bedeutenden Marktstellung und zu hervorragendem Know-how österreichischer Banken in einigen mittel- und osteuropäischen Ländern bei. Das machte österreichische Institute wie etwa die Bank Austria für ausländische Investoren interessant. Nicht übersehen darf bei einer Beurteilung auch werden, dass diese Finanznetze auch den Zugang anderer österreichischer Wirtschaftszweige in die expansionsträchtigen Märkte vor der Haustür Österreichs erleichterten. Die Ostöffnung diente der österreichischen Wirtschaft als Testgelände für die absehbare Welle der Globalisierung, die die Schwerpunkte der Industrie weltweit verschob.

Öffnung des Marktes und außenwirtschaftliche Stabilität

Zentraler Ansatz für den Aufschwung nach den unmittelbaren Nachkriegsjahren war die Öffnung des engen Heimatmarkts zu den internationalen Märkten, sowie zur internationalen Zusammenarbeit und zur europäischen Integration. Damit gingen Spezialisierung und ein steigender Verarbeitungsgrad Hand in Hand. Die Öffnung erfolgreich zu bestehen forderte das Denken in neuen Horizonten, geographisch und kulturell, und manchmal kostspielige Erfahrungen: ungewohnte Usancen, rechtliche Verhältnisse und nicht leicht erkennbare Risiken. Fundiert wurde die internationale Öffnung Österreichs durch die relativ hohe Investitionsneigung in Österreich, die mit der Möglichkeit vorzeitiger Abschreibungen und einem relativ hohen inländischen Sparaufkommen rechnen konnte.

Hilfestellung im Ausland bot die weltweit tätige Außenwirtschaftsorganisation der Wirtschaftskammer. Freilich entschloss sich zunächst nur eine zahlenmäßig kleine Minderheit der Unternehmungen zur eigenen Bearbeitung von ausländischen Märkten. Lange Zeit hindurch stellte auch, abgesehen von einzelnen Spitzenunternehmungen, ein relativ bescheidenes Engagement für eigene Forschung und Entwicklung ein Handikap dar.

Wirtschaftspolitisch bedingt die Öffnung des Marktes die gleichzeitige Beachtung des Gleichgewichts der Leistungsbilanz, der Entwicklung der Lohnkosten in Relation zum Produktivität, einer stabilen Währung sowie einigermaßen solider Staatsfinanzen, und, um den sozialen Frieden zu sichern, der funktionalen Einkommensverteilung zwischen Arbeit und Kapital. Die fatalen politischen Erfahrungen aus der Vorkriegszeit legten nahe, die Regierungspolitik durch eine weit über wirtschaftliche und soziale Fragen ausgedehnte Zusammenarbeit der Sozialpartner und ein umfassendes System der sozialen Sicherheit zu ergänzen.

Die schrittweise Öffnung gegenüber dem internationalen Wettbewerb musste regelmäßig gegen die davon betroffenen und auf verschiedene Weise geschützten Wirtschaftsbereiche durchgesetzt werden. Für die Öffnung sprach die Gefahr, als Außenseiter Diskriminierungen auf wichtigen Absatzmärkten ausgesetzt zu sein. Dieses Argument erleichterte auch die Akzeptanz der Teilnahme am Gemeinsamen Agrarmarkt der EU durch die Vertreter der Landwirtschaft.

Der langfristige Prozess der Öffnung wurde von den historischen Initiativen zum Aufbau eines friedlichen und wirtschaftlich starken Europa unterstützt, die interne Widerstände zu überwinden halfen. Die Bereitschaft zur Öffnung war eine Vorbedingung für amerikanische Marshallplan-Hilfe gewesen, mit der auch der Beitritt Österreichs zur neu gegründeten der OEEC (Organization for European Economic Cooperation 1948, später OECD) verbunden war. Erst viel später, nach der Phase der handelspolitischen Spaltung Europas in EWG und EFTA in den sechziger Jahren, kam es zu umfassenden europaweiten Freihandelsvereinbarungen, die Diskriminierungen im Außenhandel mit Industriegütern innerhalb Westeuropas beseitigten.

Die Integration in den europäischen Markt erforderte den Einsatz verschiedener Instrumente: den Abbau von Zöllen und von nicht-tarifären Handelshemmnissen, die Einführung des Systems der Mehrwertsteuer Anfang der siebziger Jahre, die Übernahme der europäischen Regeln für den

Wettbewerb und die Wirtschaftsförderung zur Vorbereitung des Beitritts zur EU, und schließlich die selbstgewählte Option für eine harte Währung Anfang der achtziger Jahre, die den strukturellen Wandel und die Produktivität beschleunigte.

Der Umsetzung der Hartwährungspolitik ging ein mehrjähriger Suchprozess voraus, nachdem das internationale System der festen Wechselkurse Anfang der siebziger Jahre zerbrochen war. Spät, Anfang der neunziger Jahre, wurde die Öffnung durch die gänzliche Freigabe des Devisen- und Kapitalverkehrs abgerundet.

Insgesamt bedeuteten die europäische Integration und ihre Konsequenzen für die österreichische Wirtschaft eine Art Trainingsgelände für die Globalisierung. Gegen manche Befürchtungen hat die Industrie insgesamt dem zunehmenden Wettbewerbsdruck standgehalten und gleichzeitig die Impulse, auf internationale Märkte verwiesen zu sein, mit Erfolg genutzt.

Seit den Anfängen der Industrialisierung war die österreichische Handelsbilanz fast immer strukturell passiv gewesen. Bildlicher Ausdruck dafür ist ein Bonmot, das bis in die achtziger Jahre weitgehend der Realität entsprach: „Österreich exportiert nach Deutschland Bleche und importiert von dort Autos. Nach Italien exportiert es Schnittholz und Schweine und importiert von dort Designer-Möbel und Salami.“

Die strukturell passive Handelsbilanz geriet durch die handelspolitische Spaltung Westeuropas in EWG und EFTA Anfang der sechziger Jahre und durch die Senkung von Importzöllen noch weiter aus dem Gleichgewicht. Das Defizit der Handelsbilanz (also der Einfuhrüberschuss) hatte an der Wende zu den sechziger Jahren eine Größenordnung von 3 Prozent des BIP aufgewiesen. Von da an war es bis auf bedenkliche minus 8 Prozent zwanzig Jahre später geklettert.

Lange Zeit hindurch ergab sich der Ausgleich der Leistungsbilanz angesichts der Schlagseite der Handelsbilanz auf beinahe wundersame Weise durch den Devisenüberschuss im internationalen Tourismus. Weit mehr ausländische Gäste in Österreich als umgekehrt hinterließen Jahr für Jahr ausreichend Devisen im „Reiseverkehr“. Als aber dank gestiegenem Wohlstand die Neigung österreichischer Urlauber zu Auslandsreisen immer intensiver wurde, wurde das vermeintliche Naturgesetz unverlässlich.

Nicht immer den Prinzipien des Freihandels entsprechend, forcierte die Wirtschaftspolitik in den siebziger Jahren die Substitution von Importen. Ein besonderer Ansatzpunkt war die passive Handelsbilanz mit Kraftfahrzeugen. So wurden etwa Zollbegünstigungen beim Import von japanischen Autos an die Ausrüstung mit Reifen aus österreichischer Produktion gebunden.

Anfang der achtziger Jahre gelang es mit Hilfe von großzügigen Ansiedlungshilfen – Österreich unterlag noch nicht den strengeren Wettbewerbsregeln der EG - internationale Autokonzerne für die Errichtung von Produktionsstätten in Österreich zu interessieren. Österreich wurde damit schrittweise ein bedeutender Zulieferer für die internationale Autoindustrie. Ähnliche Vorstellungen bestimmten ab den achtziger Jahren – nach verbreitetem ausländischem Vorbild – die Praxis regelmäßig heftig umstrittener Gegengeschäftsvereinbarungen bei der Beschaffung militärischer Ausrüstung von ausländischen Lieferanten.

Dass strukturpolitische Bestrebungen Früchte tragen, wurde umso dringender, als in den achtziger Jahren die stark exportorientierte verstaatlichte Industrie in eine existenzbedrohende Krise schlitterte. Für die Befürworter einer Hartwährungspolitik war es in dieser Situation nicht leicht,

diese durchzusetzen und nicht zu lockern. Diese Entscheidung spaltete nicht nur die Industrie in jene Branchen, die inländische Rohstoffe, vor allem Holz, verarbeiteten und ihre Produkte exportieren, und in jene, die Vorteile vom günstigeren Import ausländischer Vorprodukten und Energieträger ziehen konnten. Die Auseinandersetzung erfasste auch die Bundesregierung, in der Bundeskanzler Kreisky nur schwer von den Vorteilen des zu Innovationen zwingenden Aufwertungsdrucks zu überzeugen war und Schutzzollgedanken vertrat.

Das scheinbar erbliche Passivum der Handelsbilanz des kleinen Österreich verschwand an der Wende zum 21. Jahrhundert praktisch vollständig, wie das für hochentwickelte Industrienationen die Regel ist. Der Hartwährungskurs hatte sich als Produktivitätsschub und gleichzeitig als optimale Vorbereitung auf eine europäische Währungsunion erwiesen.

Später Entschluss für den Beitritt zur Europäischen Union

An der Wende zu den neunziger Jahren war die Entscheidung über die Stellung Österreichs gegenüber dem gemeinsamen europäischen Markt, dessen „Vollendung“ für 1992 angekündigt war, nicht mehr aufzuschieben. Politisch galt es, die Integration in den europäischen Binnenmarkt sowie die Teilnahme am noch brüchigen europäischen Währungssystem zu entscheiden. Darüber hinaus waren die Chancen, die die deutsche Vereinigung und die Öffnung der benachbarten mittel- und osteuropäischen Länder boten, zu nutzen.

Für die Teilnahme an der europäischen Integration sprachen nicht nur wirtschaftspolitische Überlegungen. Es war aber wohl nicht so sehr reine Begeisterung für das europäische Projekt als vielmehr die Sorge um die Folgen einer Außenseiterposition („lieber gemeinsam als einsam“), die für die unbequemen Integrationsschritte sprach. Hemmend hatte eine ganze Liste von Argumenten gegen die volle Teilnahme an der europäischen Integration gewirkt: lange Zeit hindurch außenpolitische Vorsicht gegenüber dem brummenden russischen Bären, die erst mit dem Untergang der Sowjetunion verblasste, neutralitätspolitische Erwägungen, ideologische Mutmaßungen – europäische Integration als Projekt des Kapitalismus und der ausländischen Konzerne –, Bedenken über die Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Unternehmen gegenüber riesigen internationalen Multis und natürlich Widerstände gegen schmerzhaft strukturelle Anpassungen in Bereichen, die auf dem Inlandsmarkt geschützt waren. Gegen erhebliche Widerstände aus Kreisen der Landwirtschaft und der Gewerkschaften warb die Industriellenvereinigung für einen möglichst raschen Vollbeitritt zu den Europäischen Gemeinschaften ein.

Österreich stellte kurz vor dem historischen Umbruch in Osteuropa im Sommer 1989 einen Beitrittsantrag an die EG. Die Beitrittsverhandlungen wurden 1994 erfolgreich abgeschlossen und der Beitrittsvertrag einer Volksabstimmung unterzogen, in welcher sich zwei Drittel der Bevölkerung dafür aussprachen. Der Vollbeitritt trat Anfang 1995 gleichzeitig mit dem Schwedens und Finnlands in Kraft.

Rückblickend bestätigten sich überwiegend die positiven Erwartungen für den Beitritts aus wirtschaftlicher Sicht. Die österreichische Wirtschaft, voran die Industrie, zeigten sich den hohen

Herausforderungen gewachsen. Die Handelsbilanz begann Überschüsse aufzuweisen. Gleichzeitig scheinen aber der Beitritt zur Europäischen Union (1995) und damit auch zur Wirtschafts- und Währungsunion (1998) die konzeptive Kraft der österreichischen Politik in der europäischen Umgebung erschöpft zu haben.

TTIP und unvollendete Globalisierung

Die Teilnahme am historischen Projekt der europäischen Integration war die wichtigste politische Entscheidung zugunsten der Öffnung und Integration der österreichischen Volkswirtschaft in ihre internationale Umgebung. Mit der – weitgehenden – Gewährleistung der Freiheiten des Waren-, Dienstleistungs- und des Kapitalverkehrs, mit der Freizügigkeit des Personenverkehrs, der Gleichberechtigung der Berufsausübung im Rahmen der EU ist freilich der internationale Bezugsrahmen der modernen österreichischen Wirtschaft noch nicht ausgeschöpft.

Liberalisierung und Beseitigung von Handelsschranken waren bald nach dem Krieg dem GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) von den Vereinten Nationen als langfristiges Ziel gesetzt worden. In einer Anzahl von multilateralen Verhandlungsrunden wurden die Zölle für Industrieprodukte schrittweise weit heruntergefahren. Wichtigste Einschränkung war und ist auch heute noch der Schutz der Landwirtschaft der Industrieländer gegenüber dem Import von Agrarprodukten vom Weltmarkt. Wesentliche Hürden bestanden im Bereich der Industrie lange Zeit hindurch noch gegen Einfuhren von Textilien und Bekleidung. 2005 wurde dieser wichtige Bereich nach einer zehnjährigen Übergangsperiode voll in den Welthandel integriert, was zu einer starken Verlagerung von Produktion und Handelsverkehr in Schwellenländer führte. Gleichzeitig damit wurden die internationalen Handelsvereinbarungen (1995) auf den Dienstleistungsverkehr sowie auf die Erleichterung und Sicherung internationaler Investitionen ausgedehnt. Das GATT firmiert seither unter der Bezeichnung WTO (World Trade Organisation). Die Einhaltung von weltweiten Wettbewerbsregeln hat durch die Aufnahme Indiens (1995) und Chinas (2001) sehr an Substanz gewonnen.

Der Prozess der institutionellen Globalisierung ist damit nicht abgeschlossen. Allerdings stocken globale Fortschritt vor allem wegen der schwer lösbaren Problematik der Agrarpolitik der Industrieländer. Davon abgesehen verlagert sich der Schwerpunkt der internationalen Liberalisierung zu regionalen Abkommen im pazifischen und im atlantischen Raum, die nicht zuletzt vom Entstehen einer neuen Weltordnung und dem Aufkommen Chinas als Weltmacht bestimmt werden, deren Befürworter jedoch auch Dynamik bei der Überwindung der anhaltenden Wachstumsschwäche verheißen.

Österreich wird als EU-Mitglied von dem Projekt einer Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) berührt. Der Vertrag würde die größte Freihandelszone der Welt entstehen lassen. Das Vertragswerk ist allerdings scharfer Opposition ausgesetzt, nicht nur in Österreich. Seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts manifestiert sich eine Anti-Globalisierungsbewegung. Das TTIP-Abkommen setzt sich Ziele, die noch sensiblere Materien betreffen als die Senkung von Zöllen auf Industriewaren. Die österreichische Industrie und andere Sektoren der Wirtschaft unterstützen den Abschluss grundsätzlich als Chance zum Ausbau ihrer

Stellung auf dem großen Markt Nordamerikas, auf dem noch beachtliche Chancen für einen intensiveren wirtschaftlichen Austausch winken.

Die unabhängige Wirtschaftsforschung bestätigt positive Wachstumsimpulse beiderseits des Atlantiks, jedoch in eher bescheidenem Ausmaß und über einen so langen Zeitraum erstreckt, dass ein unmittelbar spürbarer Beitrag zur Überwindung der gegenwärtigen Krise eher nicht zu erwarten ist.

Spezialisierung und Nischen

Der Kampf um außenwirtschaftliche Stabilität stand in engem Zusammenhang mit der Marktlage zu Beginn der sechziger Jahre: die unter dem Einfluss des Rohstoffbooms der Nachkriegsjahre ausgebauten Schwerpunkte der österreichischen Industrie, entsprachen den Veränderungen der Marktlage zu höheren Verarbeitungsstufe vielfach nicht mehr. Die Margen für Standardqualitäten blieben zurück.

Ertragreicher erschien Spezialisierung und Eingehen auf spezifische Ansprüche in kleineren oder größeren Marktnischen. Nischen bieten einen Ausgleich für die marktbeherrschende Stellung großer internationaler Anbieter, stellen jedoch hohe Anforderungen an die Innovationsleistung: Ihr technischer Vorsprung ist nicht auf Dauer garantiert ist und enge Nischen bedeuten ein besonders Risiko bei Änderungen der Marktlage. .

Anfang der sechziger Jahre war der Preis je Mengeneinheit der durchschnittlichen Importe nach Österreich um ein Mehrfaches höher als der gleiche Indikator österreichischer Exportgüter. Gegen Ende des letzten Jahrhunderts erreichte diese Austauschrelation annähernd den Ausgleich und mittlerweile steckt in einer Tonne österreichischer Exportgüter höhere Wertschöpfung, wie das bei hochentwickelten Industrienationen zu erwarten ist.

Der Schwerpunkt der österreichischen Industrie liegt heute auf Industrien, welche hochwertige Produkte herstellen und mit meist stark spezialisierten Prozessen arbeiten. Beides setzt ständigen technischen Fortschritt und Aufmerksamkeit für das Verhältnis zur Nachfrage voraus. Eher selten befinden sich in diesen Sortimenten fertige Konsumgüter. Es überwiegen Industrieanlagen, Wasserkraftwerke, Turbinen, Spezial- und Werkzeugmaschinen oder Teile für die ausländische Auto-, Eisenbahn- und Flugzeugindustrie: Motoren, Getriebe, Bremsbeläge, Sinterteile, Gleitlager, Leichtbauteile für Flugzeuge. Die Fertigung kompletter Kraftfahrzeuge in Österreich war bis in die achtziger Jahre, angetrieben von visionären Ambitionen Bruno Kreiskys, angestrebt worden, unter Berufung auf eine bedeutende automobile Tradition und den Ruhm etwa eines Ferdinand Porsche. Noch in den neunziger Jahren wurde in den boomenden Markt Chinas für österreichische Lastkraftwagen investiert. Zu spät. Schließlich konnte keine international gängige Automarke etabliert werden.

Für die strukturelle Höherentwicklung und die Sicherung der Stellung auf umkämpften internationalen Märkten wurden Innovationen, die von Forschungsleistungen ausgehen immer mehr zur unerlässlichen Voraussetzung. Bis in die achtziger Jahre gab es besorgten Anlass, über den insgesamt geringen Aufwand für Forschung und Entwicklung zu klagen. Die Forschungsquote überschritt noch kaum die Marke von 1Prozent des BIP. Österreich zählte damit trotz seiner großen

wissenschaftlichen Tradition zu den Nachzüglern unter den Industrieländern. Erst die Vorbereitungen auf den gemeinsamen europäischen Markt ließen den Aufwand für F & E 1,5 Prozent des BIP überschreiten. Um die Jahrhundertwende wurden immerhin 2 Prozent und damit der Durchschnitt der Industrieländer erreicht. Seit 2010 reicht die Forschungsquote an 3 Prozent heran. Allerdings hat sich seither die Dynamik nicht fortgesetzt. Öffentlich geforderte oder angekündigte Zielwerte in der Größenordnung von 4 Prozent des BIP erscheinen derzeit in weiter Ferne.

Der langfristig entscheidend gestiegene Aufwand für Forschung und Entwicklung in Österreich ist allerdings überwiegend dem relativ hohen öffentlichen Aufwand für Grundlagenforschung und der Förderung der Zusammenarbeit zwischen staatlichen Forschungseinrichtungen und Unternehmen zu danken. Dass sich die öffentliche Hand als Folge der defizitären Staatsfinanzen auch zur Einschränkung selbstgesetzter Ziele der Forschungsförderung genötigt sieht, sollte alarmieren.

Ausländische Investitionen

Ausländische Unternehmen spielten nach dem Krieg eine sehr wesentliche Rolle in der Entwicklung der österreichischen Volkswirtschaft. Wo die Gründung nicht schon viel weiter zurückreichte, gingen neue Investitionen in etlichen Fällen darauf zurück, dass der noch nicht voll geöffnete österreichische Markt oder auch die Vertrautheit und Nähe zu Osteuropa schon vor dem Fall des Eisernen Vorhangs genutzt werden sollten.

Eine Welle von Neugründungen wurde an der Wende zu den sechziger Jahren durch die handelspolitische Spaltung Europas ausgelöst. Österreich war damals der Europäischen Freihandels-Assoziation (EFTA) beigetreten. Ein Standort in einem ihrer Mitgliedsländer versprach Investoren aus dem Raum der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) begünstigten Zugang auf den britischen, schweizerischen, portugiesischen und auf die skandinavischen Märkte. Dabei spielte auch eine Rolle, in ländlichen Regionen Österreichs noch reichliche, relativ gut qualifizierte Arbeitskräfte und vergleichsweise niedrige Lohnkosten nützen zu können. Diese Gründungswelle ebte in den siebziger Jahren rasch ab, die letzten Standorte aus dieser Zeit sind im globalen Wettbewerb längst hart bedrängt. Fallweise waren Rohstoffe oder Arbeitskräfte das ausschlaggebende Motiv für Investitionen in Österreich, in einigen Fällen die Nutzung von Forschungskapazitäten, das Andocken an spezifische Cluster oder die Verfügbarkeit von hochqualifiziertem Personal. Zusätzlich trugen die politische Stabilität, die leistungsfähige Infrastruktur, die attraktive Landschaft und Kultur zur Etablierung von Niederlassungen in Österreich bei.

Nach der Rezession Mitte der siebziger Jahre und angesichts der Verschlechterung der Arbeitsmärkte in Westeuropa verschärfte sich der internationale Standortwettbewerb. Neue Formen der staatlichen Ansiedlungsförderung und steuerliche Begünstigungen begannen eine oft entscheidende Rolle zu spielen. Das hohe Defizit der österreichischen Handelsbilanz im Automobilsektor bei gleichzeitig vorhandenem Know-how und hochentwickelten Technologien in diesem Bereich war Anlass für besonders attraktive Ansiedlungsbedingungen für ausländische Autoindustrien, die sich in bedeutenden Betrieben in Wien, Graz und Steyr niederschlugen.

In jüngerer Zeit haben die Standortbedingungen für Fertigungsbetriebe in Österreich deutlich an Attraktivität eingebüßt. In Österreich zu produzieren ist teuer geworden – nicht nur gemessen an den Arbeitskosten, sondern auch in Bezug auf Umwelt- und Energie- und nicht zuletzt Steuern- und

Sozialkosten. Am ehesten sprechen hier zu gewinnende sehr gut geeignete Arbeitskräfte mit hohen und international knappen Qualifikationen, die allerdings auch hierzulande sehr gefragt sind, für einen Betrieb in Österreich.

Liberalisierung und Öffnung des österreichischen Marktes nötigten umgekehrt, die schwache Stellung österreichischer Produkte auf ausländischen Märkten zu stärken. Lange Zeit hindurch waren eigene Niederlassungen auf den wichtigsten ausländischen Märkten für die österreichische Industrie nicht die Regel, sondern Einzelfälle. Noch für Beginn der achtziger Jahre wurde die Zahl der Beschäftigten in ausländischen Tochterbetrieben der österreichischen Industrie auf nur etwa 15.000 angegeben. Umgekehrt arbeiteten damals schon in Österreich rund 100.000 Beschäftigte in Industrieniederlassungen ausländischer Investoren. Von da an gewann die Notwendigkeit, auf ausländischen Märkten direkt präsent zu sein, sehr rasch an Bedeutung: durch eigene Produktionsstätten auf ausländischen Märkten konnten Hindernisse für grenzüberschreitende Aktivitäten und Risiken der Wechselkurse verringert werden. Auch ein günstigerer Bezug von Rohstoffen und Vorprodukten sowie von niedrigeren Arbeitskosten waren wichtige Motive. Nachfrageseitig konnte man dadurch auf Veränderungen ausländischer Märkte und auf spezielle Kundenwünsche unmittelbarer eingehen und eigenes Know-how besser zur Geltung bringen.

Mitte der neunziger Jahre waren im Ausland annähernd ebenso viele Arbeitskräfte auf Basis österreichischer Niederlassungen beschäftigt (80.000 bis 90.000) wie umgekehrt in Betrieben ausländischer Unternehmen in Inland (90.000). Nach den neuesten Daten (2012) hat sich die Bilanz gedreht: die Nationalbank registriert rund 300.000 Beschäftigte in Produktionsbetrieben mit maßgeblicher österreichischer Beteiligung im Ausland, während die Beschäftigung in ausländisch geführten Produktionsbetrieben allmählich sinkt (2012: etwa 80.000). Diese Zahlen machen deutlich, dass Österreich als Standort für Produktionsbetriebe und als Hub für internationale Märkte stark an Bedeutung eingebüßt hat. Umgekehrt aber zeigen sie auch das Ausmaß der „Eroberung“ der wieder offen zugänglichen Märkte im östlichen Mitteleuropa durch österreichische Unternehmen. Dort winkten große Absatzpotentiale und deutlich niedrigere Arbeitskosten und konnte von Österreich aus, rascher als das andere westliche Investoren vermochten, an die acht Jahrzehnte zurückliegenden Verbindungen angeknüpft werden.

Die österreichische Wirtschaftspolitik gab der Marktpräsenz im Ausland alle erdenklichen Formen der Hilfestellung: besonders nützlich erwies sich das weltweite Netz von Außenhandelsstellen der Wirtschaftskammer sowie der privilegierte Zugang zum damaligen Ostblock, der durch die österreichische Neutralität, durch offensive Außenpolitik und durch Finanzierungs- und Versicherungseinrichtungen für ausländische Risiken unterstützt wurden.

Die internationale Position von Österreichs Wirtschaft wurde nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und der Integration in die EU sehr dynamisch ausgebaut. Noch immer wachsen, trotz der europäischen Krise der letzten Jahre, die Märkte in den meisten Ländern Osteuropas rascher als die in Westeuropa. Auch auf etwas längere Sicht haben einige davon überdurchschnittliche Wachstumschancen, als Absatzmärkte und als Standorte für Auslagerungen. Auf den Überseemärkten, vor allem in Ost- und Südasiens, in den USA und in Lateinamerika, sind nach vor beachtliche noch auszuschöpfende Marktpotenziale für österreichische Industrieprodukte anzunehmen.

Bedeutung des Unternehmertums

Unleugbar besteht in Österreich traditionell eine mentale oder ideologische Distanz gegen unternehmerische Initiative. Unternehmertum war aber von entscheidender Bedeutung beim Bewältigen der Herausforderungen, die die immer weiter geöffneten internationalen Märkte in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts stellten.

Die Distanz vieler Österreicher zu wirtschaftlichem Denken muss nicht unbedingt auf eine angeborene Volksmentalität zurückgeführt werden. Sie kann an mehreren historischen Hintergründen festgemacht werden: auf das Ausbleiben einer Epoche der Aufklärung, auf das Misslingen der Revolution von 1848 und auf das in einem folgenreichen Rückschlag (1873) endende kurze Wagnis eines Liberalismus. Dieser diskreditierte Anwendungen eines Laissez-faire nachhaltig und stärkte den ohnehin stets virulenten staatlichen Interventionismus und Protektionismus. Wenig erstaunlich, begünstigten auch der beträchtliche Einfluss des politischen Katholizismus, die klassischen Bildungsideale des Bürgertums, das ideologische und politische Erstarken eines deutlich „linken“ Sozialismus die Unterstützung für Unternehmertum nicht. Zwar wurde in der Öffentlichkeit eine romantische Vorstellung vom „soliden Handel und der soliden Industrie“ gepflegt, doch setzten der Schiffbruch der Gründerjahre und die antikapitalistische, nicht selten auch rassistische Diskreditierung von Börsengeschäften und Finanzkapital der Herausbildung größerer Unternehmenskomplexe Grenzen.

Eine Reihe von Beobachtungen hat früher die plausible Ansicht gestützt, die österreichische Stärke sei eher in der Qualifikation zum Ingenieur als zum Kaufmann oder zum Finanz-Manager zu sehen. Gewiss kam es vor, dass österreichische Erfindungen und Innovationen von ausländischen Unternehmen wirtschaftlich genutzt wurden, weil diese über besseren Zugang zu Kapital, speziell Risikokapital, und über eine leistungsfähigere Vermarktung verfügten. Aber es gibt auch annähernd so viele Beispiele, in denen sich österreichische Neuerungen und Qualität auf internationalen Märkten durchsetzen und ihren einmal erarbeiteten Vorsprung ständig zu erneuern vermögen. Freilich wuchs kein österreichisches Unternehmen in die Größenordnung eines multinationalen Weltkonzerns, wie das in einigen vergleichbar großen, aber vom geschichtlichen Schicksal her eher unvergleichbaren europäischen Volkswirtschaften der Fall ist.

Trotz der Bedeutung der verstaatlichten oder ausländisch geführten Unternehmen wurde privates Unternehmertum zum Rückgrat der österreichischen Wirtschaft. Ein beachtlicher Anteil des Industriesektors wird in Österreich von Eigentümer-Unternehmern, von Unternehmer-Familien oder von Personengesellschaften geführt. Relativ wenige beschaffen Eigenkapital an der Börse. Damit vermeiden bewusst die strengeren Publikationspflichten. Hinzu kommt eine große Zahl von bedeutenden Einzelunternehmen, oft sehr innovativen Mittelbetrieben mit starker Exportorientierung. Diese Entwicklung hat durch die Digitalisierung und die Zusammenhänge von Software mit Hardware-Produktion und -Prozessen Auftrieb erfahren.

Für die wirtschaftspolitische Diskussion ist es ein Mantra geworden, dass sich Leistungsfähigkeit und Stabilität der österreichischen Wirtschaft auf „die vielen, tüchtigen KMUs“ (Klein- und

Mittelunternehmen) stützen. Die Feststellung gilt mit Einschränkungen. Es darf nicht übersehen werden, dass viele kleine Unternehmen, wie anderswo auch, bescheidenen Einsatz und wenig Kraft zu Innovationen an den Tag legen. Die große Mehrzahl aller Unternehmen im Bereich der Sachgüterproduktion besteht aus gewerblichen Klein- und Kleinstbetrieben. Sie haben Bedeutung für die Nahversorgung oder für spezielle Marktnischen. Etliche befinden sich immerhin in einer Start-Up-Phase und wirken so als fruchtbarer Humus für den Aufstieg zu industriellen Größenordnungen.

Entscheidend ist, dass es in Österreich zahlreiche Unternehmer gibt, die eigene Ideen und Neuerungen systematisch entwickeln, effizient umsetzen, entscheidungsstark sind, die Motivation und Qualifikation der Arbeitskräfte fördern und nutzen, auch jener, die im Ausland für das Unternehmen tätig sind. Gar nicht wenige weisen an ausländischen Standorten gleich viel oder mehr Beschäftigte auf als im Inland. Der Einzug der Elektronik und zur gleichen Zeit die Globalisierung haben ihrer Zahl und Bedeutung stetig Auftrieb gegeben. Gerade in Bereichen der Softwareentwicklung können auch kleinere Unternehmen Ideenentwickler für zukunftsweisende und international gefragte Problemlösungen werden

Leistungsfähige österreichische Marktführer sind in der öffentlichen Werbung nicht auffällig. Meist findet man sie auch nicht mehr dort, wo früher hohe Schloten Industriestandorte anzeigten. Viele sind Vorbilder für flache, teamorientierte Hierarchien und für gutes Betriebsklima; auch für Corporate Social Responsibility, weniger, um das auf der Homepage zu plakativieren („Mensch im Mittelpunkt“, „Verantwortung für die Umwelt“), vielmehr davon motiviert, dass Österreich eine menschliche, natürliche und kulturelle Umgebung bietet, die große Leistungen möglich macht, wenn man Ideen hat, hart daran arbeitet und ein bisschen Glück hat. Ganz selbstverständlich sind sie international in mehrfacher Hinsicht. Aber sie fühlen sich auch dem Land und seinen Menschen verbunden. Das wiegt umso schwerer, als Politik und Bürokratie und die breite Bevölkerung wenig Verständnis für Leistung an den Tag legen.

Eine besondere und bedeutende Kategorie des Unternehmertums stellt die Raiffeisen-Gruppe dar, die längst über ihre genossenschaftliche Basis hinausgewachsen ist. Sie geht einerseits auf die kleinen lokalen Spar- und Kreditkassen andererseits auf die landwirtschaftlichen Lagerhaus- und Handelsgenossenschaften zurück. Ursprünglich in der industriellen Verarbeitung nur schwach vertreten, wird das Unternehmenskonglomerat nun von dem mehrstufigen Bankenbereich dominiert. Mittlerweile umfasst es bedeutende Industrien vornehmlich zur Verarbeitung von Milch oder Feldfrüchten (Kartoffeln, Zuckerrüben, Ölfrüchte), chemischen Produkten und Treibstoffen. Die Unternehmensgruppe besitzt in Österreich sehr beachtliche wirtschaftliche und politische Macht, weshalb sie gerne als „Grüner Riese“ apostrophiert wird. Ihr Zusammenhalt beruht nicht nur auf der Genossenschaftsphilosophie, sondern setzt politischen Einfluss ein, traditionell zur Nutzung der Gemeinsamen Agrarpolitik, aber weit darüber hinaus bis hin zur Wissenschafts- und Medienpolitik. Lange Zeit auf den Inlandsmarkt konzentriert, ist besonders der Raiffeisen-Finanzsektor seit dem Ende des Ostblocks zu einem der Schrittmacher des Vordringens österreichischer Unternehmen in den Raum Ost-Mittel- und Ost-Europas geworden.

„Namenlose“ österreichische Industrie

Dem durchschnittlichen europäischen Fernseh-Konsumenten ist „Made in Austria“ wenig geläufig, im Vergleich etwa zu deutschen und schweizerischen Marken oder zu den Genuss-, Design- und Couture-Spezialitäten Italiens oder Frankreichs. „Österreichische Industrie“ ist nicht einmal im Inland ein Begriff, mit dem sich klare Vorstellungen verbinden. Das hat einerseits mit der hohen Dynamik zu tun, die in der Industrie herrscht: rasche Veränderungen ihrer Märkte, Produkte, Eigentümer und Standorte zu tun. Viele Marken, die früher auf dem Inlandsmarkt eine beachtliche Bekanntheit aufwiesen, sind untergegangen. Andererseits sind die Zeiten längst vorbei, in denen ausländische Produkte ohne viel Federlesens als qualitativ höherwertig als österreichische angesehen wurden. In dem Sinn wird „Made in Austria“ heute tatsächlich als Qualitätshinweis aufgefasst.

Die Ursache für wenig namhafte Industriemarken ist in der lange Zeit hindurch wenig profilierten Konsumgüterproduktion Österreichs zu suchen. Bis zur vollständigen Integration im Binnenmarkt beschränkten sich heimische Konsumgüterindustrien oft auf den Inlandsmarkt und auf ihre dort gut eingeführten Sortimente, weil der Sprung auf ausländische Märkte von der schwachen heimischen Ausgangsbasis als zu teuer und riskant angesehen wurde. Gleichzeitig wirkte ein bieder-konservativer Lebensstil der Bevölkerung nicht besonders anregend für Neuerungen und Spezialitäten im Bereich der Konsumgüter. Daran hat auch der intensive Tourismus oder der Ruf der Österreicher als Genussphäaken wenig zu ändern vermocht.

Der international sehr peinliche Skandal um den Export von gepantschtem Billigwein (1985) beleuchtete grell die Notwendigkeit, auf anspruchsvollen internationalen Konsumgütermärkten Spezialitäten und hohe Qualitäten anbieten zu müssen. Marktfähig sind auf internationalen Märkten – auch der Inlandsmarkt zählt nach dem Beitritt zur EU dazu - am ehesten Produkte, die dem Modell des „Feinkostladens“ entsprachen: über die Nahrungs- und Genussmittelerzeugung hinaus gilt das im Prinzip auch für andere Konsumgüter (Bekleidung, Textilien, Haushaltsgeräte, Sport, Spielwaren, Konsumelektronik). Die Fertigung hochwertiger Konsumgüter ist mittlerweile häufig nach Osteuropa und weiter nach Ost- und Südasiens gewandert. In Österreich können sich – außer Frischeprodukten und Spezialitäten auf heimischer Rohstoffbasis – selbst für High-end-Sortimente am ehesten zentrale Unternehmensfunktionen (Headquarters), Entwicklungs-, Planungs-, Design- und Servicefunktionen, gestützt auf die Nähe zum Markt, halten.

Schließlich ist heute das, was man so einfach als österreichische Industrie meint bezeichnen zu können, auf allen Ebenen und auf allen funktionellen Stufen der Unternehmen mit der internationalen Wirtschaft verflochten, intensiver, als das je der Fall war. Ausländisches Know-how, Absatzmärkte, Kapital, Forschung und Unternehmensführung einerseits, aber auch Technologietransfer und Franchise, Niederlassungen zur Bearbeitung des dortigen Markts, für kostengünstige Zulieferung und zur Erleichterung internationaler Kooperationen andererseits. Ausländische Vor- und Zwischenprodukte zur Optimierung der Supply-Seite einerseits, Export hochwertiger technischer Spezialitäten zur Verwendung in weltweit gefragten ausländischen Endprodukten andererseits.

Nicht zu übersehen: die große Zahl ausländischer Arbeitskräfte, von denen die ersten vor einem halben Jahrhundert hereingelassen und später sogar hierher angeworben wurden.

Ist an der österreichischen Industrie noch etwas österreichisch? Nahezu alle, die heute maßgeblich das Wirtschaftsgeschehen in der Industrie und in industrienahen Bereichen steuern und verantworten, haben ihre Aufgabe nicht mehr wie früher vom Vater, der noch Handwerksmeister war, gelernt. Die meisten haben an höheren Schulen studiert, im Ausland Erfahrungen gesammelt,

Kontakte geknüpft, sich, wieder zu Hause, mit der Politik herumgeärgert, sind also „gelernte Österreicher“ geworden.

„Österreichische Industrie“ verkörpern aber auch auffallend viele Unternehmenschefs im Ausland. Führungskräfte, die in Österreich aufgewachsen sind, hier ihre Ausbildung erhalten haben, etwas von der Prägung mitgenommen haben, wohl auch gelegentlich den Eindruck von Enge, und die dann in Deutschland, in der Schweiz, ja in der ganzen Welt in Industrie, Banken, Fluglinien oder Unternehmensberatung Erfolg hatten. Oft bleiben sie der Umgebung, aus der sie stammten, lebenslang verbunden.

In der heutigen Industrie ist für Österreich-Patriotismus nur mehr wenig Platz. Sie ist international in beinahe jeder messbaren Hinsicht. Auch das, was vielleicht der spezifisch österreichischen Umgebung entspringt, muss international bestehen können.

Modelle der Wirtschaftspolitik

Die charakteristisch distanzierte Wirtschaftsauffassung eines großen Teils der Bevölkerung Österreichs schlägt sich teilweise noch heute in gewissen Eigenheiten der staatlichen Politik, der Bürokratie und der Medien nieder. Die verbreitete Wirtschaftsskepsis wurde überdies durch die Europäisierung und Internationalisierung sowie die durchsichtigen Phänomene beim Hergang der Wirtschafts- und Finanzkrise neu bestärkt.

Dem Spiel der wirtschaftlichen Kräfte wird vielfach misstraut, der Ruf nach Reglementierung und nach staatlicher Unterstützung ertönt rasch. Umgekehrt wird jedoch auch angenommen, dass die heimische Wirtschaft des Schutzes vor der übermächtigen Welt speziell des internationalen Kapitalismus bedarf. Das trägt zu unnötig bürokratischen Apparaten und zur Schwächung von Wettbewerbssignalen bei. Noch Ende der neunziger Jahre konnte der damalige Wirtschaftsminister Johannes Farnleitner angesichts der Herausforderung, die der europäische Wettbewerb für den Neuling Österreich bedeutete, rückblickend feststellen: „In Österreich bedeutete Wettbewerbspolitik immer eher den Schutz vor dem Wettbewerb als Schutz des Wettbewerbs“.

Damit verbunden war häufig ein gewisser Paternalismus des Staatsapparats gegenüber der Wirtschaft: merkantilistische Reflexe, wie sie dem Denken von vorwiegend juristisch gebildeten Bürokraten entsprechen. Das brachte nicht selten die bewusste Ausübung von Einfluss und die Verquickung von Interessen mit denen der unternehmerischen Klientel oder die Unterstützung von „National Champions“ mit sich.

Als sich in den sechziger Jahren das Wirtschaftswachstum verlangsamte und gleichzeitig Lohnkosten und Preise stiegen, war mehr als anlassbezogene bürokratische Wirtschaftspolitik gefordert. Der in dieser Hinsicht überforderte Regierungsapparat wurde, auf Grund von Vorbildern bei der Stabilisierung von Löhnen und Preisen in den fünfziger Jahren, durch Handlungsebenen und Kräfte ergänzt, die in Österreich besonders lückenlos ausgebaute Sozialpartnerschaft, die mittlerweile sogar Verfassungsrang erreicht hat, auch wenn sie für das ursprüngliche System der Verfassung aus 1920 einen Fremdkörper bildet. Phasenweise kam der Sozialpartnerschaft die Rolle einer Art „Nebenregierung“ zu. Auf ihrem Boden entwickelten sich längere Zeit hindurch professionelle Kooperationen der Fachleute aus den verschiedenen politischen Lagern und Einflussphären.

Das Wirken der Sozialpartner (oder, wie es der gewerkschaftlichen Diktion eher entsprach: der Sozial- und Wirtschaftspartner) wurde ab Mitte der sechziger Jahre für rund zwei Jahrzehnte für die österreichische Wirtschaftspolitik charakteristisch und entscheidend: einerseits drang, zunächst da und dort, ökonomisch geschulter Nachwuchs in die höheren Bürokratie und in Regierungsämter vor.

Dem Nachlassen des Nachkriegsbooms, den aufziehenden handelspolitischen Problemen Anfang der sechziger Jahre, der Bekämpfung der Inflation und bald danach dem Ende des Wechselkurssystems von Bretton Woods wurden mit dem 1963 gegründeten „Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen“ begegnet. Er löste im Rahmen der Sozialpartnerschaft das ältere System der Lohn- und Preisausschüsse ab. Während der Alleinregierung der ÖVP (1966-1970) wurde der wirtschaftspolitische Sachverständige innerhalb der Regierung in der Person des später zum Finanzminister beförderten Wirtschaftsprofessors Stephan Koren 1967 gestärkt. Die Regierung orientierte sich an dem von dem Experten konzipierten umfassenden wirtschaftspolitischen Konzept (1967 „Koren-Plan“) zur Verbesserung der Strukturen und der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft.

Der Einfluss fachökonomischen Denkens verstärkte sich in der langen Epoche der SPÖ-Regierung Kreisky (1970-1983). Gestärkt wurde die „Ökonomisierung“ der Wirtschaftspolitik, die sich nicht mehr auf eine große Koalition der politisch dominierenden Parteien stützen konnte, durch die Sozialpartner. Führende wirtschaftspolitische Köpfe stiegen zu Beginn der Kreisky-Ära aus der Arbeiterkammer und dem Gewerkschaftsbund in Regierungsämter (Josef Staribacher, Ferdinand Lacina) oder in Spitzenstellungen in der Nationalbank (Stephan Koren, Heinz Kienzl) auf. Besonders prägend für diese Epoche der Wirtschaftspolitik war die Ernennung des jungen Finanzministers Hannes Androsch. Dieser vermochte es, seine Überlegungen nicht nur, wie das für ernstzunehmende Wirtschaftspolitik regelmäßig zutrifft, gegen Widerstände und Partikularinteressen durchzusetzen, sondern auch gegen eher herkömmliche Anschauungen des Regierungschefs selbst.

Um ihn formte sich ein Kreis mit hoher makroökonomischer Kompetenz, dem unter anderen Hans Seidel als Chef des unabhängigen Wirtschaftsforschungsinstituts, Georg Albrecht als Chefökonom der Nationalbank und der spätere Finanzminister und Bundeskanzler Franz Vranitzky angehörten. Als ein besonders anregender Vordenker wirkte in dieser Phase Horst Knapp, ein Journalist und Herausgeber der Zeitschrift „Finanznachrichten“.

In diese in ihrer Substanz informellen Allianzen wurde die Geld- und Zinspolitik der Nationalbank eingebaut, die durch das Floaten der Währungen herausgefordert war. Zusammen und gegenseitig abgestützt war es möglich, Einkommens-, Struktur-, Budget- und Währungspolitik des Landes aufeinander abzustimmen und dabei das gefährdete außenwirtschaftliche Gleichgewicht allmählich wieder zu gewinnen. Die Übersichtlichkeit des Landes und die enge Vertrautheit der wichtigsten handelnden Personen untereinander über Parteigrenzen und Ideologien hinweg waren eine Vorbedingung für das Funktionieren, das in anderen Ländern und unter späteren internationalen Rahmenbedingungen kaum vorstellbar erscheint.

In den sechziger Jahren hatten damals zeitgemäße ausländische Einrichtungen, etwa die Planifikation Frankreichs, die Planbureaus der Niederlande (CPB) oder Belgiens als Vorbilder gedient. Das deutsche Stabilitäts- und Wachstumsgesetz (1967), die konzertierte Aktion und die Globalsteuerung in Deutschland, die durch den Bundeswirtschaftsminister (später auch Finanzminister) Karl Schiller (1966-1972) verkörpert wurden, bestärkten die österreichische Wirtschaftspolitik bis in die Jahre der Regierung Kreisky. Dann aber waren neue Wege zu suchen, als das Ende des Systems der festen

Wechselkurse und die Dollarabwertung sowie die erste Ölkrise (1973) internationale Turbulenzen, hohe Inflation und steigende Arbeitslosigkeit auslösten.

Im Gegensatz zum deutschen Vorbild wurde in Österreich nach der internationalen Rezession 1974/75 der Versuch einer am Post-Keynesianismus orientierten Vollbeschäftigungspolitik, ergänzt durch spezifische strukturpolitische Komponenten fortgesetzt. Ziele waren nicht nur die Erhaltung der Vollbeschäftigung und der Abbau der Inflation, sondern auch die Wiedergewinnung der außenwirtschaftlichen Stabilität. Dazu waren wirksame Initiativen zur Stärkung der Produktivität und der Innovationen Voraussetzung. Als Konzept dafür diente das von Hans Seidel später als „Austro-Keynesianismus“ bezeichnete, von ihm gedanklich beeinflusste und international beachtete Zusammenspiel von Wechselkurs, Zinspolitik, Lohnstückkosten und Budgetpolitik. Seine einzelnen Elemente waren nicht von Anfang an fertig ausgeformt. Sie fügten sich durch Trial and Error und durch Lerneffekte, vor allem auf Seite der Gewerkschaften, zu Beginn der achtziger Jahre sinnvoll zusammen.

Kaum eine wirtschaftspolitische Entscheidung hatte einen so nachhaltigen und überwiegend positiven Effekt auf die Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft wie die gegen heftige Widerstände erkämpfte Option für eine Hartwährungspolitik durch einseitige Bindung des Schilling an die Deutsche Mark. Sie gab der Höherentwicklung der Wirtschaftsstruktur anspruchsvolle Vorgaben, ohne sie zu überfordern.

Die Hartwährungsoption nahm die Form einer einseitigen und immer engeren Bindung des Schilling an die Deutschen Mark an, die ab 1982 nicht mehr verändert wurde. Das gegen Angriffe der Spekulation glaubhaft aufrecht zu erhalten, setzte die Orientierung der Lohnpolitik und einen besonders präzisen Nachvollzug der Zinspolitik an den einkommenspolitischen Entwicklungen in Deutschland und an den Schritten der Deutschen Bundesbank voraus.

Unter der Oberfläche zunehmender politischer und ideologischer Auseinandersetzungen reichte die Wirksamkeit dieses Systems bei abnehmender Bedeutung noch bis zum Ansuchen um den Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften (1989). Die Orientierung an den Regeln und Freiheiten des gemeinsamen europäischen Marktes beendete dann allerdings weitgehend eine eigene makroökonomische Strategie des Landes und den Einsatz der meisten dafür entwickelten Instrumente.

Durch Teilnahme an der europäischen Integration verringerte sich der autonome nationale Spielraum der Wirtschaftspolitik. Dazu kamen die politische Ausstrahlung der neo-klassischen Wirtschaftspolitik in den USA und in Großbritannien auf Europa und der rasch zunehmende Einfluss der globalen Kapitalmärkte auf nationale Weichenstellungen. Auf diese Umgebung, die durch ein demographisch reichliches Angebot an jungen Arbeitskräften verschärft wurde und zum Entstehen einer strukturellen Arbeitslosigkeit noch verschärft wurde, kann die schwindende Bedeutung der Sozialpartnerschaft zurückgeführt werden. Eine nachhaltige Verschiebung der Einkommensverteilung zu Ungunsten der Arbeitseinkommen und daraus resultierende Verteilungskonflikte konnten nicht mehr verhindert werden. Aber auch gänzlich anders geprägte Persönlichkeitsstrukturen spielten bei dem Vorgang eine Rolle. Die Regierungen Schüssel und Gusenbauer zeigten wenig Neigung zum Heranziehen der Expertise der Sozialpartner. Gleichzeitig mit ehrenvollen Berufungen der Beamtenelite des Finanzministeriums in europäische Positionen wurde auch das intellektuelle Potential der Sozialpartnerschaft unter dem neuen Selbstverständnis der Kammern als Lobbies ausgedünnt.

Im 21. Jahrhundert angelangt

Die Zeiten haben sich geändert. Die Industrie hat heute mit einer sehr problematischen Szenerie zu rechnen: die Funktionsfähigkeit der Währungsunion und des Euro, eine äußerst ungewöhnliche Zinslandschaft, die akute Krise im arabischen Raum, der wiederaufgeflamte Konflikt mit Russland, die Unsicherheiten, die die Zukunft der Energienutzung und des Klimas umgeben, aber auch die wachsenden Soziallasten, die Probleme und Potentiale der Immigration, das Auseinanderdriften von Gesellschaftsschichten und die Hilflosigkeit der Politik. Die Position Europas in der Weltwirtschaft erscheint prekär. Damit besonders auch jene einer kleinen offenen Volkswirtschaft wie Österreich.

Entgegen den triumphalistischen Perspektiven, die das „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama, 1992) annehmen wollten, wurden die Welt und die Verhältnisse in Europa Anfang der neunziger Jahre nicht für alle Zukunft geordnet. Die Überlegenheit der amerikanischen Supermacht und des kapitalistischen Wirtschaftssystems hatten sich zwar unbestreitbar manifestiert. Das sollte aber nicht bedeuten, dass dieses Ordnungssystem weltweit und dauerhaft Bestand haben würde. Die Grenzen und inneren Widersprüche zeigten sich bald. China als volkreichste Nation betrat die Weltbühne, Japan geriet in eine hartnäckige Entwicklungskrise, die bis in die Gegenwart anhält. Die Grenzen der amerikanischen Weltmacht wurden im Irak und in Afghanistan aufgezeigt. Schon im ersten Jahrzehnt hat das 21. Jahrhunderts eine veränderte Epoche mit schrillen Signalen angekündigt.

Zunächst in den neunziger Jahren hatte es den trügerischen Anschein, dass sich die wirtschaftliche Dynamik in Nordamerika und in Europa sogar noch beschleunigte. Weitgehende Deregulierung und Liberalisierung auf internationalen Märkten, besonders im Finanzsektor, prinzipielle konjunkturpolitische Abstinenz der Wirtschaftspolitik schienen in Verbindung mit einem Boom der Investitionen in die „New Economy“ die makroökonomischen Probleme, die das 20. Jahrhundert – Inflation und Arbeitslosigkeit - beherrscht hatten, hinter sich zulassen. Diese Interpretationen verleiteten zu einer irrationalen Euphorie (‘irrational exuberance’, R.J.Shiller, 2005), die die alten ökonomischen und sozialen Schranken als überwunden ansah.

Allzu bald stellten sich diese Einschätzungen als wirtschaftspolitisches Wunschdenken heraus. Tendenzen waren nicht mehr zu übersehen, die sich schon davor schemenhaft abgezeichnet hatten. Sie deuten auf eine langfristig nachlassende wirtschaftliche Dynamik hin. Die erwarteten positiven Integrationseffekte aus Erweiterung und Währungsunion laufen allmählich aus oder werden durch erhöhte innere Brüchigkeit erkaufte. Die Integration der dynamisch wachsenden Schwellenländer in die Weltwirtschaft wird durch anspruchsvolle und schmerzhaft strukturelle Anpassungen in den alten Industrieländern kompensiert. Besonders auffällig ist, dass weltweit und fast von jedermann genutzten neuen Technologien nur einen enttäuschend geringen Niederschlag im Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktivität finden. Im Gegenteil scheint sich deren Entwicklung besonders in den hochentwickelten Ländern nachhaltig abzuschwächen. „Man kann das Computer-Zeitalter überall sehen, nur nicht in der Produktivitätsstatistik“, meinte Nobelpreisträger Robert M. Solow (1987) zu diesem Paradox.

Die jahrelang wahnwitzig in die Höhe gebauten Kartenhäuser der Finanzmärkte sind 2008 abrupt zusammengebrochen. Wall Street riss High Street in eine jähe Rezession, aus der, zum Unterschied von früheren Krisen, offenbar kein steiler Aufschwung zur alten Dynamik zurückführt.

Die moderne Gesellschaft steht vor einer unheimlichen Häufung von sehr schwierigen und komplexen Herausforderungen. Ihnen muss sich auch die Industrie, gerade die einer kleinen, international stark verflochtenen Volkswirtschaft stellen: globale Ungleichgewichte, das Erstarken von Schwellenländern, vor allem Chinas, wachsende internationale Spannungen, die notwendige Bändigung des „organisierten Geldes“ (George Packer, „The Unwinding“, 2013) und dazu noch die weltweite und bedrohliche Verlegenheit über die Wirkungen des gewohnten Konsums und der zunehmenden materiellen Produktion auf die Umwelt sind äußerst komplexe internationale Aufgaben.

Gleichzeitig setzt in Europa die demographische Alterung massiv ein. Soziale Bruchstellen vergrößern sich. Die großen weltanschaulichen Modelle des 20. Jahrhunderts haben ihr Programm weitgehend erledigt und erscheinen unter den neuen Verhältnissen nicht mehr ergiebig oder relevant. Die politischen Institutionen – national, europäisch – sind diesen Herausforderungen noch kaum gewachsen. Sie reagieren stark verunsichert mit Hinauszögern von Reformen oder Leugnen von Konsequenzen.

Die Europäische Union hatte an der Wende zum neuen Jahrhundert ungeduldig die historische Chance zur Erweiterung und Vereinigung nahezu des ganzen Kontinents zu nutzen gesucht. Bald zeigte sich, dass die supranationale Konstruktion den tief wurzelnden Traditionen und der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit der Mitgliedsländer oft noch nicht entsprach. Daraus resultierten Reibungsflächen, Nährboden für kurzsichtigen Populismus, innerlich widersprüchliche europäische Institutionen – etwa die Konstruktion der Währungsunion – und wenig effiziente Entscheidungsstrukturen.

In den hochentwickelten Staaten der westlichen Welt greifen Verunsicherung und ein Gefühl der Bedrohtheit der bisherigen Lebensverhältnisse um sich. Ziele, Rahmenbedingungen und Strategien für die Zukunft sind unklar. Jedenfalls ist die frühere Dynamik erlahmt. Wesen und Ziele des Fortschritts sind zweifelhaft und umstritten geworden. Langfristige Folgen der Krise müssen erwartet werden.

Der Weg in die Zukunft wird nicht durch Extrapolation der bisherigen Entwicklungslinien zu finden sein. Ihn zu erkennen, wird Bereitschaft zu grundlegenden Innovationen voraussetzen, welche helfen, die hohen Stufen zu überwinden, die tiefer ins 21. Jahrhundert hinein führen.

In diesem Sinn geht es heute nicht zuletzt um die Zukunft der Industrie, die einschneidende Kursänderungen zu verlangen scheint. Das herkömmliche Selbstverständnis der Industrie stellt dabei mitunter auch einen Teil des Problems dar. Aber umgekehrt ist denkbar, dass die Industrie weitsichtige Strategien entwickeln kann. Ihre Problemlösungskapazität könnte in den Dienst des Abbaus sozialer Spannungen und der Lösung der modernen Sinnfragen gestellt werden.

Wahrscheinlich greift aber zu kurz, die Problemsituation der Welt und besonders Europas auf der rein wirtschaftlichen Ebene behandeln zu wollen. Die hochentwickelten Industriestaaten sind in eine tiefe Verständnis- und Entwicklungskrise der Gesellschaft eingetreten, die neue Pfade in die Zukunft suchen muss, weil die gewohnten nicht mehr gangbar sind.

Neue Herausforderungen

Umwelt und Grenzen des Wachstums

Seit den sechziger Jahren waren Hypothesen über die Folgen menschlicher Aktivitäten für die Umwelt, besonders für das Klima, von Ökologen thematisiert worden. Manche neo-malthusianischen Prognosen über nahe „Grenzen des Wachstums“ (D. Meadows et al., 1972) erwiesen sich bald als übertrieben oder falsch. In der politischen Praxis unter neo-liberalen Vorzeichen, besonders unter dem weltweiten Einfluss einer Wirtschaftspolitik des weitgehenden Absentismus unter Reagan in den USA und Thatcher in Großbritannien, wurde das Thema „Grenzen des Wachstums“ ohnehin vorerst in den Hintergrund gedrängt.

Seit den neunziger Jahren alarmieren aber Messungen über die Erwärmung des Erdklimas als Effekt der Emission von Treibhausgasen und deren Deutung als menschengemacht die Wissenschaft, die Politik und die Bevölkerung. Extrapolationen der Klimadaten bis in die zweite Hälfte des laufenden Jahrhunderts lassen katastrophale Folgen für den menschlichen Lebensraum erwarten. Bis heute sind sowohl die empirischen Daten, deren Interpretation, die Erklärungsmodelle wie auch besonders die politischen Schlussfolgerungen heftig umstritten und zweifellos in vieler Hinsicht unsicher.

Aber sowohl die immer besser abgesicherte Evidenz wie auch der Fortschritt der einschlägigen Wissenschaften verdichten den Eindruck eines unausweichlichen Problems, dessen Vernachlässigung böse Folgen für die Menschheit haben könnte. Eine Rückkehr zu einer früheren Epoche, in welcher „Nachhaltigkeit“ noch ein Thema für Theorie und Ethik war, ist nicht wahrscheinlich.

Um nicht eines Tages verpasste Chancen beklagen und zu spät erkennen zu müssen, dass der Zug abgefahren ist, hat in den industriellen Fertigungsprozessen und in der ökologischen Beurteilung ihrer Produkte eine strategische Umorientierung eingesetzt. Kennzeichnend dafür ist etwa die Entwicklung von alternativen Antrieben für Autos, die erst teilweise markttauglich ist. Jedenfalls bricht sich eine strategische Umorientierung der langfristigen Perspektiven einen Weg. Die Verantwortung der heutigen Generation für die Nachkommen, trotz da und dort trotzigen Widerstands, wird immer mehr akzeptiert.

Entscheidend aus Sicht der meisten Industrien sind dabei aber möglichst gleiche Wettbewerbsbedingungen auf europäischer und globaler Ebene. Der genaue Verlauf des Pfades der Anpassung an den Rahmen, den die Umwelt für die Zukunft vorzugeben scheint, ist nicht leicht zu finden: tatsächlich kann er auch in abschüssiges Gelände führen.

Diese vielfältigen Ansätze auf allen Ebenen der Energienutzung zur Reduktion von klimaschädlichen Emissionen haben, gemessen an den Projektionen des Klimas und ihren Folgen, noch nicht ausreichende Wirkung gezeigt. In den hochentwickelten Industriestaaten des Westens wären angesichts des rasch zunehmenden Rohstoff- und Energieverbrauchs der Schwellenländer massive Einsparungen an Emissionen gefordert, die wahrscheinlich politisch und wirtschaftlich im geforderten Zeitrahmen nicht durchzusetzen sind. Die Industrialisierung der Schwellenländer entsprechend

westlichen Mustern verlagert nicht nur die Produktionsstandorte dorthin, sondern führt gleichzeitig zu alarmierenden Perspektiven für Umwelt, Energiesysteme und Klima.

Entsprechende Maßnahmen betreffen die Industrie wegen ihrer zentralen Bedeutung für die Volkswirtschaft unvermeidlich mehrfach: die Effizienz des Rohstoff- und Energieeinsatzes in der Produktion und im Gebrauch von Industrieprodukten muss weiter gesteigert werden, Technologien zur Wiedergewinnung müssen verbessert werden, eine generelle De-Materialisierung von Wertschöpfung und Güterverwendung unterstützt werden.

Bei all den Hürden, die sich vor der heutigen Industrie auftürmen, darf nicht übersehen werden, welche Chancen sich bei ihrer Überwindung jenen Pionieren bieten, die weltweit Problemlösungen anbieten können.

Demographische Alterung und Finanzierung des Sozialsystems

Die in diesen Jahren anbrechende Epoche der demographischen Alterung verheißt einerseits einen massiven Wandel in der Struktur der Bedürfnisse und in den Prioritäten der Bevölkerung, andererseits auch in der Verteilung der Arbeit und der Einkommen. Am wenigsten problematisch erscheint, dass die Aussicht auf eine „silberne Wirtschaft“, in welcher sich Kaufkraft, Struktur der Nachfrage und technologische Entwicklungen zum älteren Teil der Bevölkerung verschieben, für die Wirtschaft nicht nur Anpassungen, sondern auch neue Möglichkeiten bedeutet.

Die höhere und weiter steigende Lebenserwartung ist eine unbestreitbare Errungenschaft. Sie wird durch laufende Verbesserung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung und der Leistungsfähigkeit in einem Alter, das bisher als Schwelle zur Pension angesehen wurde, untermauert. Die Zahl der Jahre mit leidlich guter Gesundheit steigt annähernd parallel zur Lebenserwartung.

Dieser unschätzbare Gewinn hat eine Kehrseite: er verursacht, gemessen an der Wirtschaftsleistung, steigende Kosten der Lebenshaltung im Alter. Diese betreffen nicht nur den öffentlichen und privaten Aufwand für Alterspensionen, sondern auch – wegen der steigenden Zahl älterer Menschen – einen raschen Zuwachs des Bedarfs an Betreuung und Pflege und an Gesundheitsleistungen. Die öffentlichen Leistungen für den Pflegeaufwand werden weiter rasch zunehmen, wobei die private Vorsorge dafür finanziell noch wenig ausgebaut ist. Die notwendigen Leistungen müssen daher oft innerhalb der Familie erbracht werden. Der Aufwand für das Gesundheitswesen ist bereits hoch. In Zukunft sind gewisse Einsparungen, auf die sich die politisch Verantwortlichen seit langem nicht einigen können, ohne unakzeptablen Qualitätsverlust möglich. Auch kann der Aufwand durch effektivere Prävention und Änderungen des Lebensstils gesenkt werden. Dennoch ist, gemessen an der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, mit steigendem Aufwand infolge der größeren Zahl älterer Menschen, auf die sich ärztliche Leistungen gegen das Lebensende konzentrieren, und auch wegen kostspieliger neuerer Behandlungsmethoden zu rechnen.

Der Belastbarkeit des Sozialsystems sind ohnehin demographische Grenzen gesetzt, weil sich die Altersstruktur der Bevölkerung zur älteren Generation verschiebt und eine zahlenmäßig bedeutend schwächere Generation die Leistungen des Sozialstaats zu finanzieren hätte. Bedenklich ist, dass über

diese Grundgegebenheiten der Zukunft der Staatsfinanzen in Österreich trotz zahlreicher „Reformen“ noch kein ausreichender Grundkonsens erzielt werden konnte. Dies bezieht sich auch auf Einsparungen in der öffentlichen Verwaltung und der Organisation des Staatswesens, andererseits auch auf die Verlängerung der Lebensarbeitszeit durch später fällig werdende Pensionsansprüche.

Die Krise hat die Staatsschulden bis an die Grenzen des Vertretbaren ausgeweitet. Ihr Abbau auf ein vertretbares Niveau erfordert auch unter günstigen Annahmen einen Zeitraum ein bis zwei Jahrzehnten. Dies insbesondere dann, wenn, gleichfalls im Zusammenhang mit der krisenhaften Entwicklung und der Erschütterung von Zukunftsperspektiven vor allem in Europa der Zuwachs der wirtschaftlichen Leistung weiter gering bleibt und das Zinsniveau auf ein eher normales Niveau zurückkehren würde. Dennoch wäre es ein fundamentaler politischer Fehler, Innovationen und der Kreativität der nachrückenden Jahrgänge nicht den notwendigen Vorrang vor konsumptiven Verwendungen zu geben. Die Industrie ist zu Recht eine der wichtigsten Stimmen, die nicht müde werden, davor zu warnen.

Reindustrialisierung?

Gegen die ökologisch argumentierende Zielvorstellung einer Entmaterialisierung wurde der Ruf nach „Reindustrialisierung“ erhoben. Die EU versucht seit 2013, eine „Reindustrialisierung“ zustande zu bringen und wird in ihrer „neuen Industriepolitik“ von der europäischen Industrie unterstützt. Der Anteil der industriell-gewerblichen Sachgüterproduktion an der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung soll in wenig mehr als einem halben Jahrzehnt von derzeit kaum mehr als 15 wieder auf 20 Prozent gesteigert werden.

Gemessen an den bisherigen Trends und an der Situation in den wirtschaftlich höher entwickelten Vereinigten Staaten erscheint es chancenlos, eine so angepeilte „Reindustrialisierung“ bis 2020 zu einem zentralen Ziel der mittelfristigen Entwicklung der Union zu erklären. Das verkennt das Wesen der volkswirtschaftlichen Arbeitsteilung in einer modernen Wirtschaft. Zum zwangsläufigen Verfehlen des Ziels wird ein politischer Schaden für die EU kommen, wenn nach dem Fehlschlag des vorher ausgerufenen „Lissabon-Prozesses“ neuerlich eine Enttäuschung über ein gemeinsames europäisches Programme provoziert wird. In der Industrie könnten überdies Tendenzen zu einem europäischen Protektionismus auslösen, wie er seit Jahrzehnten die Gemeinsame Agrarpolitik kennzeichnet.

Seit langem wird erklärt – zuerst von dem österreichischen Princeton-Ökonomen Fritz Machlup 1962 –, die hochentwickelten Volkswirtschaften seien in die Epoche der Wissensgesellschaft eingetreten. Diese Charakterisierung beleuchtet einen wichtigen Aspekt der modernen Entwicklung, verleitet aber darüber hinwegzusehen, dass es streng genommen auch im Zeitalter der handwerklichen Produktion um Wissen, Erfahrung und Know-how ging. Die Bezeichnung „Informationsgesellschaft“ ist ähnlich wenig kennzeichnend.

Die heutige Wettbewerbsfähigkeit beruht jedenfalls bei weitem nicht mehr vorrangig auf der Verfügbarkeit von Informationen. Die sind an jedem Ort der Erde, jederzeit, nahezu kostenlos und im Überfluss im Internet verfügbar. Es geht um die kreative Verknüpfung der Informationen, um das

Aufspüren von Bedürfnissen und um Problemlösungen. Voraussetzung dafür sind Weitblick, Risikobereitschaft und Vorsprung vor der Konkurrenz.

Wendepunkt der Geschichte?

Stehen die westliche Welt und vor allem Europa heute an einem Wendepunkt ihrer Entwicklung? Historiker, Soziologen und Ökonomen sind rasch bei der Hand mit solchen Diagnosen. Mag sein, dass später einmal der Anfang eines neuen großen Zyklus in die Jetztzeit datiert wird: des „sechsten Kondratieff-Aufschwungs“ oder des Eintritts in die „dritte industrielle Revolution“ (Jeremy Rifkin, 2011), in welcher Wirtschaft und Gesellschaft zu den uferlos scheinenden Ozeanen der Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz aufbrechen, immer mehr Arbeit und Selbststeuerung von Computern übernommen werden und praktisch unerschöpfliche Energiequellen die fossilen Brennstoffe ersetzen. Bedeutet der Ersatz des Buchdrucks durch Digitalisierung eine Zeitenwende, das Ende des Gutenberg'schen Zeitalter? Oder einfach die enorm gesteigerte individuelle Autonomie, Informationen zu gewinnen, zu verarbeiten oder zu speichern.

Ein Jahr vor Rifkins dritter wurde in Deutschland schon die vierte industrielle Revolution ausgerufen, als deren Schwerpunkt die „intelligente Fabrik“ angesehen wird. Die industrielle Massenfertigung wird durch künstliche Intelligenz ungleich flexibler (mass customization) und steuert sich weitgehend selbst. Dadurch wird der Einsatz von menschlicher Arbeit noch viel weiter reduziert werden. Ähnliche Perspektiven sind für die Ausschöpfung der revolutionären Potenziale der Nano- und der Bio-Technologien erkennbar.

Die hochtechnologische „Industrie 4.0“ ist zum publizitätswirksamen Schlagwort geworden. Es verdeckt, dass die digitalen Potenziale vor allem Büro-tätigkeiten in großem Stil überflüssig machen. Die exponentielle Zunahme der Computerleistung ist zweifellos ein bedeutender Einfluss auf die Zukunft. Ansätze zu eigener, vom Menschen sich emanzipierender Intelligenz werden erkennbar. Computer kommunizieren miteinander, steuern sich selbst und lernen. Reale Gegenstände – Autos, Bekleidung, Wohnungseinrichtung – werden mit vernetzten Chips ausgestattet: ein „Internet der Dinge“ entsteht. Die exponentielle Zunahme der Computerintelligenz und ihrer automatischen Vernetzung kann auch als Gefahr gesehen werden. Andererseits verspricht diese Perspektive auch Unterstützung bei der Lösung komplexer Aufgaben, von denen wir heute noch überfordert sind.

Die Technologien, die gegenwärtig in die Welt der Industrie eindringen, werden nicht nur Werkhallen menschenleer und Büro-tätigkeiten ersetzen. Natürlich wird umgekehrt „Industrie 4.0“ neue Arbeit und berufliche Anforderungen entstehen lassen. Dass technologische Durchbrüche Arbeit einsparen und berufliche Qualifikationen entwerthen, aber diese auf Umwegen und nach Lernprozessen in etwa dem gleichen Ausmaß auch wieder generieren, war eine immer wieder bestätigte historische Erfahrung. Aber es ist kein jederzeit gültiges Naturgesetz. Auch schon bisher haben technische Durchbrüche neue Nachfrage nach Arbeit nicht an den alten Plätzen und nicht nach den gleichen Qualifikationen geschaffen.

Auch heute sprechen etliche Beobachtungen dafür, dass gleich mehrere fundamentale Prozesse und bisherige Leistungen der Industrie weitgehend verdrängt und ersetzt werden können. Aber die eleganten Zyklen eines Kondratieff blenden aus, dass sich technologische Wellen unterschiedlicher Amplitude und Frequenz überlagern, asynchron ausbreiten, aufeinander wirken und unterschiedlich

große Felder der Wirtschaft umgestalten. Wodurch wurden historische Gesellschaften stärker verändert: durch die Elektrifizierung, das Automobil, die Erfindung des Penicillins oder etwa durch die Ausbeutung der Kolonien, durch das Telefon und durch motorgetriebene Schiffe, die Segelclipper ersetzen?

Ob die neuen Technologien dazu beitragen, die hartnäckige Krise besonders Europas zu überwinden, kann nicht mit Sicherheit behauptet werden. Die Wirtschaftswissenschaft diskutiert zwei drohende Gespenster, die einander nicht unbedingt ausschließen: einerseits, dass die industrielle Produktivität durch den Einsatz revolutionärer Technologien so rasch zunimmt, dass nur noch ein kleiner Teil der Bevölkerung, die über besondere Qualifikationen verfügen, benötigt wird und dabei gut verdient. Die Mehrheit könne kaum sinnvolle Arbeit finden und müsse daher, um Gefahren der Langeweile und Sinnlosigkeit zu vermeiden, mit Unterhaltung beliefert und finanziert werden.

Andererseits ist das Solow'sche Produktivitäts-Paradox nicht genügend aufgeklärt. Könnte es sein, dass die neuen Technologien schon jetzt eher den Spieltrieb befriedigen als die Produktivität steigern? Die hohe und steigende Arbeitslosigkeit vor allem der Jugend zeigt Ansätze dazu.

Nicht nur technologische Durchbrüche markieren Wendepunkte in den geschichtlichen Abläufen. Situation und Perspektiven einer Gesellschaft haben nicht nur mit naturwissenschaftlichen, technischen und unternehmerischen Pionierleistungen zu tun, sondern auch damit, wie sie von den geistigen und kulturellen Sensoren einer Gesellschaft verstanden werden. Technologien und politisch-soziale Entwicklungen greifen ziemlich unentwirrbar ineinander.

Nicht selten haben politische Ereignisse und geistige Strömungen unmittelbare und nachhaltigere Effekte für die Wirtschaftsentwicklung: 1914, 1945, 1989. Es hat heute den Anschein, dass auch 2008 das Wendejahr einer Epoche markiert. Wenn ein solcher im Rückblick einer künftigen Generation deutlicher als heute erkennbar wird, dann wird er möglicherweise nicht allein auf den Einsatz neuer Technologien zurückgeführt werden, sondern auf politische und gesellschaftliche Innovationen, die ihnen zur Durchsetzung verhalfen.

Ungeheure Potentiale der Entwicklung können heute erahnt werden. Unstrittige Fortschritte zweifellos, aber auch schwer abschätzbare Risiken. Es entspricht nicht der Rolle der Industrie, angesichts einer tiefen Verunsicherung in Resignation und Abwarten zu verfallen. Die Herausforderungen, die gegenwärtig auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung wirken – Globalisierung, Krise der Finanzsysteme, ökologische Gefahren, Alterung, Stagnation der Einkommen, Schwächen der Demokratie und moderne Völkerwanderungen – scheinen industrielle Zukunftsvisionen zu belasten. Aber die anstehenden Probleme dürfen nicht einseitig gesehen werden. Aber sie müssen auch als Anstöße und Herausforderungen verstanden werden. Gerade die Industrie kann sie zum Anlass nehmen, neue Lösungen zu entwickeln, und damit die Lebensqualität auf neue, höhere Stufe zu heben.

